

# Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in  
Leipzig, Zeiser Straße 30, IV.,  
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaltene Kleinzeile 1. — Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Ermüdung auf Postfach-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abschluß: Montag vormittag 10 Uhr

Nr. 26

Sonnabend, den 25. Juni 1927

31. Jahrgang

## Ein letzter Dank.

Einen dankbaren Nachruf sind die Steinmetzen Deutschlands dem Manne schuldig, der am 13. Juni mit seiner Ehefrau in seiner Wohnung zu Berlin gasvergiftet aufgefunden wurde:

### Richard Calwer.

Nach Pressemeldungen soll es wirtschaftliche Not gewesen sein, nach andern Meldungen persönliche Verhältnisse, die den 58jährigen begabten Schriftsteller veranlaßten, den Freitod zu wählen. In früheren Jahren hat Richard Calwer in der Sozialdemokratischen Partei eine Rolle gespielt, war auch Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Gandersheim. Seit dem Jahre 1909 hat er sich von der Sozialdemokratischen Partei gelöst. Die Vorgänge, die dazu geführt haben und ihn zwingen ließen, mögen hier unerörtert bleiben. Calwer war Wirtschaftspolitiker und wohl einer der ersten, der um die Jahrhundertwende in vielen Gewerkschaftsversammlungen die Bedeutung der Kapital- und Unternehmenskonzentration in Trust, Syndikaten, Kartellen usw. darlegte. Wir wissen aus eigener Erfahrung, wie dankbar stets die Arbeiteranhänger waren, von diesen wichtigen Wirtschaftsvorgängen zu hören. Wirtschaftstatistik und Konjunkturbeobachtung war sein Hauptarbeitsfeld, und in zäher Arbeit hat er gewirkt, hierfür das Interesse und Verständnis der organisierten Arbeiter zu wecken. Bekannt wird verschiedenen unserer Kollegen sein, daß manche seiner wirtschaftspolitischen und statistischen Feststellungen von Gegnern gegen die sozialistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterforderungen benutzt wurden. Das wird in Zukunft auch noch bei anderen vorkommen, die aus der wirtschaftlichen Wirklichkeit für die Zukunft Schlusfolgerungen und dennoch Wegbereiter sind.

Der Name Richard Calwer und seine gewissenhafte Schriftstellertätigkeit ist mit dem Arbeitsleben der Steinmetzen Deutschlands, ja darüber hinaus, eng verknüpft. Die Mißstände und Berufsschäden in der Steingewinnung und Steinbearbeitung führten auf dem 10. Kongress der Steinmetzen in Gotha, vom 3. bis 8. Juni 1900, zu dem Beschluß, durch den Organisationsvorstand eine Eingabe an den Bundesrat einbringen, damit eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse auf Grund § 120 e der Gewerbeordnung zustande kommt. Das vorhandene, von den Steinmetzen und ihrer Führung jahrelang gesammelte Material wurde in einer Denkschrift in übersichtlicher Weise verarbeitet von Richard Calwer. Diese wirkungsvolle Schrift, beinahe 200 Druckseiten umfassend, kam im Jahre 1901 in Buchform heraus und wurde der Regierung, dem Bundesrat und den einzelnen Parlamentariern zugestellt. Die Folge war, daß am 20. März 1902 die heute noch geltende Bundesratsverordnung zum Schutze der Steinmetzen von der Regierung erlassen wurde. Die Verordnung wurde bekanntlich 1909 und 1911 geändert, doch in ihren Grundzügen blieb sie unverändert. Daß die Steinmetzen zu dem bitter notwendigen Gesundheitschutz kamen, verdanken sie neben anderem vor allem der trefflichen Schriftstellertätigkeit von Richard Calwer. Indirekt hat seine wertvolle Arbeit geholfen, daß der Steinmetzenbeschütz auch im Auslande populär wurde, und hier und dort in den einzelnen außerdeutschen Ländern ein Steinmetzenbeschütz zustande kam. Wir nennen nur Holland, Dänemark, Schweiz, Oesterreich. So können und müssen wir Steinmetzen national und international Richard Calwers nur dankbar gedenken; sein tragisches Ende bedauern wir aufrichtig. Was ihn abseits gedrängt hat, was ihn vielleicht zweifeln ließ an die hehren Ziele der sozialistischen Bewegung, wir wissen es nicht, wollen es auch nicht ergründen. Das Andenken an Richard Calwer wird in den Reihen der Steinmetzen dadurch nicht geschwächt. Unsere älteren Kollegen wissen besonders zu schätzen, was der Gesundheitschutz in Form der Bundesratsverordnung für das bedrohte Leben der Steinmetzen, Steinhauer und Steinmetzen gewesen ist, ja heute noch bedeutet. Tausenden von Steinmetzen sind dadurch einige Lebensjahre gerettet; denn die Forschung hat ergeben, daß das Durchschnittsalter der an der Berufskrankheit zugrundegegangenen Steinmetzen vor der Bundesratsverordnung Anfang der vierziger Jahre lag. Und nach etwa zehnjährigem Bestehen der Verordnung stieg das betreffende Durchschnittsalter auf Ende der vierziger Jahre. Gewiß noch schlimm genug; aber die Besserung ist unverkennbar.

Darum sind diese wenigen Zeilen Richard Calwer gewidmet, und wir sind sicher, daß unsere gesamten Verbandsmitglieder mit uns sagen:

### Chre seinem Andenken!

## Die Weiterentwicklung des Mitbestimmungsrechts.

Das deutsche Betriebsrätegesetz ist durchaus nicht vollkommen, sondern es enthält viele Lücken, die aus den verschiedensten Gründen in dieses Gesetz geradezu „hineingearbeitet“ worden sind. Daraus ergeben sich zahlreiche Streitigkeiten, die, soweit sie nicht in den Betrieben selbst ausgetragen werden, die Gemüter sehr stark erhitzen und sogar zu Arbeitskämpfen führen bzw. durch die Gerichte entschieden werden müssen. Hier können sich die Betriebsräte und die Gewerkschaftssekretäre natürlich nicht darauf beschränken, festzustellen, daß im Betriebsrätegesetz eine Lücke enthalten ist, worauf sie von dem Richter mit ihrer Klage abgewiesen würden, sondern es ist nunmehr Aufgabe der Betriebsräte bzw. der Gewerkschaftssekretäre, dem Richter zu beweisen, wie derartige Lücken ausgefüllt werden müssen, wenn nicht aus Recht tatsächliches Unrecht werden soll.

Es ist nicht leicht, gegenüber Richtern die Meinung von Personen zur Anerkennung zu bringen, die selbst nicht die Befähigung zum Richteramt besitzen. Daher sind bisher wenigstens die Kommentare zu den Gesetzen auch fast ausschließlich ebenfalls von Juristen geschrieben worden. Die Richter waren eher geneigt, die in solchen Kommentaren ihrer „Berufskollegen“ enthaltenen Argumente zu würdigen und anzuerkennen. Das ist insbesondere auch bei der Durchführung des Betriebsrätegesetzes bisher so gewesen. Daher ist es für die Belegschaften, die Betriebsräte und die Gewerkschaftssekretäre von großem Interesse, daß der bekannte Kommentator zum Betriebsrätegesetz von Ministerialrat Dr. Flatow in diesen Tagen neu in 12. Auflage erschienen ist. Der Kommentar von Flatow unterscheidet sich von allen übrigen bisher erschienenen Kommentaren dadurch, daß er nicht ausschließlich von formaljuristischen und rechtsdogmatischen Grundsätzen ausgeht, sondern die Betriebsverfassung zur Grundlage seiner Untersuchungen genommen hat. Flatow hat sich in sehr anerkennenswerter Weise bemüht, die Lücken des Gesetzes rechtsschöpferisch auszufüllen. Auf eine Reihe seiner Ergebnisse wird in der folgenden Darstellung verwiesen, damit dieselben weiteren Kreisen zugänglich werden. Die hierbei angegebenen Zahlen bezeichnen die Seiten, auf denen die entsprechenden Ausführungen in dem Kommentar von Flatow enthalten sind. Auf diese Weise soll es denjenigen, die sich noch weiter informieren wollen, erleichtert werden, in dem sehr umfangreichen Kommentar die besprochenen Materien schnell aufzufinden.

Flatow verbreitet sich ausführlich über den Fortbestand der Betriebsvertretungen bei Änderungen der Betriebsform, Wechsel des Arbeitgebers, Betriebszusammenlegungen, Fusionen usw. (59 bis 61). Wenn die Darstellungen bei der Schwierigkeit der Materie auch teilweise nur allgemeiner Art sind und wenn auch auf diesem Gebiete viele Fragen zunächst noch praktisch unlösbar bleiben werden, so sei doch besonders darauf verwiesen, ebenso auf die Ausführungen gegen allzugroßen Formalismus, der im Betriebsrätegesetz nach weniger angebracht ist als im übrigen Arbeitsrecht überhaupt (84).

Weiter wird die Auffassung vertreten, daß die wahlmüde Belegschaft oder Gruppe erst nach Ablauf des Wahljahres erneut eine Betriebsvertretung bilden kann (89 und 126). Das bedeutet, daß, wenn der Wahlvorstand seine Tätigkeit beenden muß, weil eine Wahl nicht zustandekommen ist, erst nach Ablauf der Zeit, wo die neu zu wählende Betriebsvertretung ihr Amt hätte ausüben müssen, also eines Jahres, die Wahl einer neuen Betriebsvertretung vorgenommen werden kann. Diese Ansicht ergibt sich nicht aus dem Gesetz. Die Gewerkschaften können diese Rechtslage auch nicht anerkennen, jedoch ist bei der Bedeutung des Kommentars von Flatow damit zu rechnen, daß die Gerichte sich seiner Auffassung anschließen. Infolgedessen muß in Zukunft noch größerer Wert als bisher darauf gelegt werden, daß die Neuwahlen auch ordnungsmäßig durchgeführt werden.

Beginn der Wahlperiode ist der Tag, an dem die Wahl beendet ist. Die Absehung von Betriebsräten hat nur für die laufende Wahlperiode Geltung, auch wenn dieselbe bereits in kurzer Zeit abgelaufen ist (102).

Auf die Ausführungen über die Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern und die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften im Rahmen des Betriebsrätegesetzes sei besonders verwiesen (151 bis 152). Die Betriebsräte haben das selbständige Recht, Anschläge am schwarzen Brett anzuhängen (167). Die Weigerung von Gewerkschaftsangehörigen, auf Veranlassung des Arbeitgebers den Versammlungsraum zu verlassen, ist kein Hausfriedensbruch (194).

Durchaus richtig ist auch die Darstellung von Flatow, daß es nur die Aufgabe der Betriebsvertretung ist, Erschütterungen des Betriebes von Arbeitnehmerseite zu vermeiden, wobei den Betriebsräten wiederum nicht zugemutet werden kann, daß sie ihre gewerkschaftliche Zugehörigkeit verleugnen und gegen gewerkschaftliche Maßnahmen ankämpfen. Vielmehr ist die Aufgabe der Betriebsräte, die Betriebe vor Erschütterungen zu bewahren, in dem Augenblick erfüllt, wo die damit zusammenhängenden gewerkschaftlichen Maßnahmen einsehen. Niemand ist es die Aufgabe der Betriebsräte, den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren, die seitens des Arbeitgebers herbeigeführt werden. Der Betriebsrat hat nicht dafür einzutreten, daß Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen oder sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen auf Wunsch des Arbeitgebers zur Durchführung kommen (249 bis 251). In diesem Zusammenhang ist die Darstellung über die Ueberwachung der Durchführung von Tarifverträgen sehr lesenswert (259 bis 260).

Auch der Gruppenrat kann Vereinbarungen über eine Sprechstunde treffen. Bei Nichteinigung kann der Gruppenrat bzw. der Betriebsrat auch den Schlichtungsausschuß anrufen, um mit dessen Hilfe eine Vereinbarung über eine Sprechstunde herbeizuführen (315). Die Betriebsräte haben bei jeder Straffestsetzung auf Grund der Arbeitsordnung, also in jedem Einzelfalle mitzuwirken (330 ff.). Bei Stilllegungen, die als Kampfmaßnahmen vorgenommen werden (Ausperrungen), gibt es keine Nachprüfung durch die Gerichte, soweit der Entlassungsschutz der Belegschaftsangehörigen und der Betriebsvertretungsmitglieder auf Grund des Betriebsrätegesetzes in Betracht kommt (364).

Flatow tritt auch für das Recht der Teilnahme der Betriebsräte im Aufsichtsrat an der Generalversammlung ein, ebenso für die Gleichberechtigung der Betriebsräte im Aufsichtsrat mit den

übrigen kapitalistischen Aufsichtsratsmitgliedern. Gleichzeitig wird aber auch darauf verwiesen, welche großen Schwierigkeiten sich hierbei praktisch ergeben (485 bis 490).

Diese wenigen Beispiele beweisen, mit wieviel Schwierigkeiten bei der Durchführung des Betriebsrätegesetzes noch zu rechnen ist. Es ist immer erneut dringend darauf zu verweisen, daß die Betriebsräte bemüht sein müssen, sich in die Einzelheiten des Betriebsrätegesetzes einzuarbeiten. Hierbei kann das Studium des Kommentars von Flatow sicher gute Dienste leisten. Für die vielen erst infolge der letzten Neuwahlen neu in die Betriebsvertretungen eingetretenen Betriebsräte, die an sich mit dieser Materie vielleicht noch wenig vertraut sind, wird es allerdings schwer sein, die wissenschaftlichen Darlegungen der meisten Kommentare ohne weiteres zu verstehen. Hier haben ja die Gewerkschaften als Hilfsmittel Betriebsrätevereine eingerichtet, deren Besuch in erster Linie empfohlen werden muß, weil er meist die Voraussetzung für das selbständige Weiterstudium ist. Das Betriebsrätegesetz enthält einen wesentlichen Teil des wichtigen Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterklasse. Es stellt damit aber gleichzeitig an die Arbeiterklasse auch geistige Forderungen, die nur mit gutem Willen und Anspannung aller Kräfte erfüllt werden können.

## Verlorenes Terrain.

Ein Funktionär schreibt uns: Die nachstehenden Zeilen sind zu Papier gebracht worden in einem Gefühle tiefen Unmuts über die ganz erheblichen Verschlechterungen, die bei den Verhandlungen der Betriebs- bzw. Arbeiter- und Angestelltenräte mit den Arbeitgebern seit geraumer Zeit überall Platz gegriffen haben. Es ist der Zweck dieser Ausführungen, die Aufmerksamkeit aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf diese sehr bedenkliche Veränderung hinzuwenden, damit jeder einzelne das Seine dazu beitragen kann, um wieder eine Wendung zum Besseren herbeizuführen.

Wer gewerkschaftlich geschult ist, weiß, daß bereits lange vor dem Kriege in einzelnen Betrieben Arbeiterausschüsse bestanden haben, die von der geringen Zahl sozial denkender Unternehmer, die die Ausschüsse in ihren Betrieben duldeten, in Arbeiter- und Werksangelegenheiten zu Rate gezogen wurden. Die Einziehung solcher Ausschüsse wurde später (in den Jahren 1905 bzw. 1909), wie bekannt, zunächst für die Bergbaubetriebe gesetzlich festgelegt und während des Weltkrieges — ebenfalls durch Gesetzestraft — für alle mit mindestens 50 Arbeitern oder Angestellten im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Betriebe zwingend vorgeschrieben. Obgleich nun auch dieses zuletzt erwähnte Gesetz den Arbeitnehmern noch bei weitem nicht die gleichen Rechte zugestand, die ihnen später in der Verordnung vom 23. Dezember 1918 und im Anschluß daran im Betriebsrätegesetz eingeräumt wurden, bequamen sich damals fast alle Leitungen größerer Werke dazu, die Wünsche und Anträge dieser Ausschüsse in Abständen von 3 bis 4 Wochen (in dringenden Fällen natürlich auch häufiger) in gemeinsamen Sitzungen, zu denen der Arbeitgeber den Protokollführer stellte, entgegenzunehmen. In noch ausgeprägter Weise wurde diese zweckentsprechende Form der Verhandlungen in der ersten Zeit nach der Revolution fortgeführt, in jener Zeit also, als sich die gesamte Arbeitnehmerfrage endlich ihrer Stärke bewußt geworden und den Industriellen jener Jahre Schreck inschlotternde Gebein gefahren war, der sie veranlaßte, alles das zu bewilligen, was sie vorher als absolut unmöglich hingestellt hatten.

Dann aber trat die verhängnisvolle Spaltung im deutschen Proletariat ein, die die Lage mit einem Schlage wieder zugunsten der Arbeitgeber veränderte. Ein Teil der Arbeiterklasse, der mehr zu erreichen suchte, als die Verhältnisse es nach der Wiederherstellung der für den Fortbestand des Staates erforderlichen Ordnung gestatteten, sondern sich ab und trat sehr bald danach der weit größeren Menge seiner politisch geschulteren, in der „Kunft des Möglichen“ erfahreneren Brüder in offener Feindschaft gegenüber. Der Kommunismus trieb damals einen immer tiefer eindringenden Keil in die Reihen des Proletariats. Aber in dem gleichen Verhältnis, wie dieses sich spaltete, sammelten sich die Arbeitgeber in ihren Verbänden zu einer Geschlossenheit wie nie zuvor und machten sich den Wahnsinn des radikaleren Teiles der Arbeiterklasse zunutze, der nicht einsehen wollte, daß es nicht möglich war, die russischen Verhältnisse mit nichts drittem auf Deutschland zu übertragen. Schritt für Schritt eroberten die Unternehmer verlorene Positionen zurück, und heute steht die Sache infolge der Eigenbräutelei großer Kreise der Arbeitnehmer, trotz des inzwischen in Kraft getretenen Betriebsrätegesetzes so, daß in nahezu keinem Betriebe die gesetzlichen Vertreter der Arbeitnehmer die Unternehmern mit auch nur annähernd gleicher Entschiedenheit gegenüberzutreten vermögen, wie es in der ersten Nachkriegszeit der Fall war. Heute kennen in vielen großen Werken die Direktionen die Betriebsräte ihrer Firmen weder mehr dem Namen noch der Person nach und lassen alle Fragen durch einen leitenden Angestellten erledigen, während sie über den Begriff „Betriebsrat“ geringfügig die Köpfe zuden.

Soweit sind wir bereits wieder zurückgefallen. Das deutsche Proletariat muß einmal mit aller Offenheit, aber auch mit aller Eindringlichkeit darauf hingewiesen werden, daß es durch eigene Schuld auf dem besten Wege ist, wieder in die Sklaverei früherer Jahre zurückzufallen, wenn es sich nicht schleunigst darauf besinnt, welche Macht durch die neuen Gesetze in seine Hände gelegt ist. Jeder Arbeiter und Angestellte muß sich die Tatsache ins Hirn hämmern, daß seine gesetzlichen Vertreter nur dann alle wünschenswerten Vorteile für ihn herausholen können, wenn sie zu den Verhandlungen die Ueberzeugung mitnehmen können, daß sie die geschlossene Masse ihrer Belegschaft hinter sich haben. Zur Zeit ist dieses ja leider nicht der Fall. In Hunderten von Industriewerken kümmert sich ein erheblicher Teil der Arbeiterklasse nicht um die Anordnungen der Betriebsräte, die diese doch ausschließlich zum Besten der Belegschaft zu treffen pflegen. In Hunderten von Werken werden noch heute, trotz Betriebsrätegesetz und Arbeitszeit-Notverordnung, Ueberstunden über Ueberstunden geleistet, ohne daß die Betriebsräte befragt oder benachrichtigt werden. Was Wunder, daß unter solchen Umständen die Arbeitgeber seit langem dahintergekommen sind, wie die Arbeiter- und Angestelltenklasse auf diese Weise zu einem guten Teil sich selbst ihrer in harten Kämpfen erworbenen Rechte wieder beraubt! Was Wunder, daß die Industriekapitäne sich nach und nach daran gewöhnt haben, die Betriebsvertretungen als über-



flüssiges Anhängsel zu betrachten, das solange vor den Türen zu warten hat, bis der Chef oder sein Beauftragter es für gut befindet, die etwaigen Wünsche gnädigst anzuhören und stehenden Fußes, zwischen Tür und Angel, denn von einer regelrechten Sitzung ist meistens schon gar keine Rede mehr... abzulehnen. Kollegen, werdet euch doch um alles in der Welt endlich wieder darüber klar, wozu ihr hier! Die Unternehmer schließen sich zu immer festeren Organisationen zusammen, und ihr legt die Hände in den Schoß und handelt gegen eure eigenen Interessen. Die Unternehmer lehnen seit Jahr und Tag, wo es nur irgend zu machen ist, Lohnerhöhungen ab, verweisen euch auf die Möglichkeit, Überstunden zu leisten, wenn ihr mehr verdienen wollt, und ihr schindet sie. Ihr schindet sie gegen den Einspruch eurer Vertreter und gegen die bestehenden Gesetzesvorschriften, nur um euch und eure Familien unterhalten zu können. Erkennt ihr denn nicht, daß ihr auch in acht Stunden das gleiche verdienen könntet, wie jetzt in zwölf, wenn ihr einig wäret! Wäret ihr einig, so könntet ihr eine solche Forderung mit dem nötigen Nachdruck stellen, und die Unternehmer würden sie bewilligen müssen, wenn sie ihre Werke offenhalten wollen. Wäret ihr einig, so könntet eure Vertreter, im Vertrauen auf euch, gelegentlich einmal wieder bei den Verhandlungen mit der Faust auf den Tisch schlagen, daß den Herren vom Kapital die Tinte in die verdunkelten, jetzt so höhnisch verzogenen Gesichter spritzt. Wäret ihr einig, so hättet ihr zu alledem auch politisch eine stärkere Position, als dieses jetzt der Fall ist, in der deutschen Republik, welche heute keine Regierungsregierung am Ruder, denn eine Stärkung der wirtschaftlichen Macht zieht automatisch auch eine solche im Staatsgetriebe nach sich. Nach allem Vorstehenden gibt es für euch nur einen Weg:

### Zusammenhang und Disziplin!

Stellt euch wieder geschlossen hinter eure Gewerkschaften und eure Betriebsvertreter! Handelt nach deren Anweisungen! Nur dann könnt ihr eure Rechte auf die Dauer behaupten, die ein Teil von euch jetzt im Begriff steht, vor die Hunde gehen zu lassen. Nur dann könnt ihr den Herren Vorgesetzten, v. Siemens und Hagenberg, die sich schon heute in dem Glauben wiegen, dem Proletariat wieder den Fuß tiefer und tiefer in den Nacken drücken zu können, die richtige Antwort geben. Es gibt in Deutschland keine Macht, die stark genug wäre, einer einzigen, in den Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeitnehmerenschaft mit Erfolg entgegenzutreten. Das beachtet, danach handelt zu eurem eigenen Wohl!

Ageha.

## Kürzung auch der „Altersrenten“ neben Unfallrenten?

Durch das Gesetz vom 25. Juni 1926 sind bekanntlich für die Invalidenversicherung die durch frühere Gesetze (vom 23. 7. 21. und 21. 7. 22.) beseitigt gewesenen Rentenkürzungen bei gleichzeitigem Bezug von Unfallrenten wieder eingeführt, wenn auch in anderer Form. So ruht nach § 1311 RVO in der neuen Fassung der Teil des Grundbetrages der Invalidenrente, der dem vom Versicherten bezogenen Teil der Vollrente aus der Unfallrente entspricht, wenn die Invalidität Folge eines entschuldigenden Unfalls ist. Die Landesversicherungsanstalten stellen sich nun allgemein auf den Standpunkt, daß die Rentenkürzungen auch vorzunehmen sind, wenn die Rente aus der Invalidenversicherung gar nicht wegen Invalidität, sondern wegen des Alters, wegen Vollendung des 65. Lebensjahres, zuerkannt wurde.

Gegen solche Rechtsauffassung hat sich kürzlich in mehreren Fällen das Oberversicherungsamt Schwerin ausgesprochen durch Aufhebung der Rentenkürzungsbescheide. In einem Falle wird zur Begründung ausgeführt:

„Die Spruchkammer konnte die Voraussetzung des § 1311 RVO (neue Fassung), nämlich, daß die Invalidität Folge eines entschuldigenden Unfalls ist, nicht als erfüllt ansehen; es hieß nach Ansicht der Spruchkammer dem Gesetze Zwang antun, wollte man unter die neue Ruhebestimmung des § 1311 auch die Altersrente nach der bis zum 1. Januar 1923 geltenden Fassung des Gesetzes miteinbegreifen. Die bisher von der Landesversicherungsanstalt gewährte Rente ist wegen Alters, nicht aber wegen Invalidität gewährt. Zwar dürfte heute kein Zweifel daran bestehen, daß der Berufende auch invalide im Sinne des Gesetzes ist, jedoch fehlt es immer an der Voraussetzung, daß die Rentengewährung durch Folgen eines entschuldigenden Unfalls bedingt ist. Der Berufende hatte nach den früheren gesetzlichen Bestimmungen einen Rentenanspruch auf Grund des besonderen Versicherungs-

fallendes des Alters (Erreichung des 65. Lebensjahres). Dieser selbständige Anspruch kann durch die neuen Ruhebestimmungen nicht getroffen werden...“

Da bisher das Reichsversicherungsamt eine grundsätzliche Entscheidung in der hier strittigen Frage noch nicht gefaßt hat, ist allen Bezirchern von „Altersrenten“ aus der Invalidenversicherung im Falle einer Kürzung im Sinne des § 1311 RVO dringend zu raten, gegen den Kürzungsbescheid Berufung einzulegen, und zwar auch dann, wenn die Rente aus der Invalidenversicherung nicht schon nach den alten, sondern erst nach den neueren Vorschriften wegen Vollendung des 65. Lebensjahres, also wegen Alters, nicht wegen Invalidität, zuerkannt wurde oder wird. Denn auch hier fehlt eben die grundlegende Voraussetzung für die Rentenkürzung, nämlich daß die Rentengewährung durch Folgen eines entschuldigenden Unfalls bedingt ist.

## Abfindung von Unfallrenten.

Bekanntlich können die Berufsgenossenschaften einen Unfallverletzten, wenn seit dem Unfälle mindestens zwei Jahre vergangen sind und die Rente des Verletzten nicht mehr als ein Zehntel der Vollrente beträgt, durch Gewährung des dreifachen Betrages seiner Jahresrente abfinden. Bei den Berufsgenossenschaften war nun bisher allgemein ein Verfahren beliebt, nach welchem bei Herabsetzung einer Rente auf 10 v. H. der Vollrente gleichzeitig ein Abfindungsgeld miterteilt wurde, so daß der Verletzte überhaupt gar nicht erst in den Bezug der 10prozentigen Rente gelangte. Gegen dieses Verfahren hat sich nun das Reichsversicherungsamt in einer grundsätzlichen Entscheidung gewandt, indem es den betreffenden Abfindungsbescheid aufhob und dazu ausführte (La 4506/26, Amtl. Nachr. 1927, S. 300 f.):

„Aus dem Wortlaut des § 616, Abs. 1, RVO, der voraussetzt, daß die Rente des Verletzten nicht mehr als 10 v. H. „beträgt“, und der die Abfindungssumme für den Verletzten auf den dreifachen Betrag „seiner Jahresrente“ festsetzt, ist zu entnehmen, daß eine Abfindung nach dieser Gesetzesvorschrift nur in Frage kommen kann, wenn der Verletzte eine Rente von 10 v. H. der Vollrente bereits bezieht. Dies ergibt sich auch aus § 613 RVO, nach dem die Rente noch für den vollen Monat gezahlt wird, in dem die Voraussetzungen für ihren Fortfall eintreten. Die Abfindung auf Grund des § 616, Abs. 1, RVO ist daher nicht zulässig, wenn... der Verletzte tatsächlich noch eine höhere Rente bezieht, mag diese auch bereits mit Wirkung von einem späteren Tag ab auf eine Teilrente von 10 v. H. herabgesetzt sein...“

## Schwere körperliche Arbeit und Herz-erweiterung.

Ueber die Zusammenhänge schwerer körperlicher Arbeit und der Tätigkeit des Herzens berichtet ein Arzt in der Schweizerischen Metallarbeiter-Zeitung u. a. folgendes: Jede Muskelanstrengung — sei es beim Gehen, Springen oder Arbeiten — hat eine erhöhte Herzleistung zur Folge: die Zahl der Pulsschläge steigt, die Füllungen des Herzens nehmen zu. Um dies zu veranschaulichen, möchten wir zuerst folgende Erklärung bringen: Bei jeder Systole, d. h. bei jedem Zusammenziehen des Herzens, bzw. bei jedem Schläge desselben, entleert sich vom Herzen aus in die Aorta und von hier aus in das übrige Blutgefäßsystem eine bestimmte Blutmenge, welche man mit dem Namen Schlagvolumen bezeichnet. Dieses letztere beträgt bei einem Menschen in ruhendem Zustande bis 60 Kubikzentimeter Blut. Bewegt sich aber der Mensch, oder verrichtet er eine Arbeit, so nimmt das Schlagvolumen, entsprechend der Intensität der ausgeführten Leistungen, zu und beträgt bei einem Menschen, der schwere körperliche Arbeit verrichtet, während dieser Arbeitsleistung schon 240 Kubikzentimeter Blut (also eine vierfache Menge). Ferner vollzieht sich der Kreislauf der gesamten im Herz- und Gefäßsystem vorhandenen Blutmenge bei einem ruhenden Menschen in 55 Sekunden (65 Pulsschläge), währenddem er wiederum bei einem Menschen, welcher körperlich schwer arbeitet, nur 4 1/2 Sekunden braucht (eine zehnfache Geschwindigkeit).

Wenn wir diese Zahlen miteinander vergleichen, so müssen wir unbedingt annehmen, daß ein solch gewaltiger Unterschied in den Leistungen des Herzens auf die Dauer unmöglich ganz folgenlos für den Betreffenden sein kann. Israel berichtet in der „Arbeiterhygiene“ über seine Untersuchungen des Herzens bei

159 Schwerarbeitern der Eisenbahnwerkstätten. Der Verfasser konnte in der Tat nicht weniger als bei 61 Arbeitern eine hochgradige Herzerweiterung konstatieren (unter den letzteren wiederum wiesen 22 Arbeiter Myocarditiden — Herzmuskelentzündung — auf). Andere Autoren, wie zum Beispiel Blasienko (Moskau) berichten ebenfalls über das häufige Auftreten von Herzerweiterung unter den Schwerarbeitern. Im „Zentralblatt für Gewerbehygiene“ erklärt Brezina, Wien, daß gewöhnliche Schwerarbeit ein gesundes Herz nicht zu schädigen vermag. Dennoch muß der erwähnte Verfasser zugeben: 1. daß Herzerweiterungen eintreten können bei Personen, welche schon im frühesten, jugendlichen Alter Schwerarbeit aufnehmen, und 2. bei Personen, die eine oder mehrere Infektionskrankheiten (also auch Grippe) überstanden haben, besonders, wenn sie die Schwerarbeit vorzeitig wieder aufnehmen.

Wenn das Herz sich auch erstaunlich an die ihm gestellten Anforderungen anpassen vermag, so geschieht es nur darum, da es in solchen Fällen aus der natürlichen Reservekraft, welche ihm zur Verfügung steht, schöpft. Da aber diese Reservekraft nach und nach herabgesetzt wird, so liegt es auf der Hand, daß das Herz durch eine solche, zu starke, häufige Inanspruchnahme vorzeitig verlagern muß. Bei dieser Ueberlegung denken wir an die immer noch zu lange Arbeitszeit der Schwerarbeiter, ferner an das Fehlen von kurzen, öfteren Zwischenpausen (während des Arbeitstages), während der das ermüdete Herz sich erholen könnte. Diese berechtigten Forderungen müssen erst durch die Gewerkschaft erkämpft werden.

Die Arbeiterklasse ist also nach den Forschungen internationaler Fachleute der Erkrankungen des Herzens infolge ihrer Tätigkeit mehr als jede andere Bevölkerungsschicht ausgesetzt. Eine Feststellung, die zu beachten ist.

## Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Gespeert:

1. Gau (NO): Nach Schwerin zu der Fa. E. Reimer Betrieb Dimmerhütte sind Steinschläger fernzuhalten (Lohnunterschieden). — In Brandenburg die Steinschlägerbetriebe.

1. Gau (NW): Die Firma Heintze, Baustelle Groß-Nehberg und Bellan bei Bollratsruhe (Mecklenburg-Schwerin) wegen Nichtzahlung der Tariflöhne.

4. Gau: Die Steinschläger: Witte in Braunschweig, Wolf in Wolfenbüttel, Hoffmann in Sandersheim, Ludwig in Seefeld, Müller in Schlaben, haben trotz wiederholter Ermahnung keine Wohlfahrtsbeiträge abgeführt.

5. Gau: Der Betrieb Wolfshütte, Witten-Heden der Firma Köhrmann u. Hoppe G. m. b. H. in Bochum (Steinarbeiter), kein Tarif. — In Varmen die Steinschlägerbetriebe wegen Nichtzahlung der vereinbarten Lohnherhöhung. — In Bielefeld und Herford sämtliche Grabsteingeschäfte im Stadt- und Landkreis wegen Ablehnung von Lohnverhandlungen.

6. Gau: Sämtliche Betriebe für Steinhauer und Marmorarbeiter in Ludwigshafen a. Rh.

Streit:

1. Gau NW: In Ibbenbüren Steinmehlen bei der Firma Braunshweig.

1. Gau NO. In Kottbus Betrieb Rigmann, Granitschleiferei. — In Gollnow Seinschler und Kammer wegen Nichtbegleichung des Tarifs.

4. Gau: In Dessau Steinmehlen.

6. Gau. In Mittel- und Südbaden in der Werksteingruppe. — In Hall (Schwäbisch) sind einige Kollegen beim dortigen Bauarbeiterstreik beteiligt, deshalb kein Zugang von Steinmehlen. — In Mannheim haben wegen Differenzen bei der Firma Kruz 50 Kollegen die Arbeit eingestellt. Die Folge davon ist: Aussetzung in allen Natur- und Kunststeinbetrieben.

Beschluss des Verbandstages in Frankfurt a. M.: Der Gesamtbericht dürfen nur zum Abdruck gelangen, wenn sie inhaltlich für die Allgemeinheit der Kollegen von Bedeutung sind, leserlich mit Tinte und nicht zu eng auf je einer Seite des Manuskripts niedergeschrieben wurden. Die Redaktion hat die Vollmacht, Berichte, die dem Vorstehenden nicht entsprechen, oder solche, die dem Ansehen des Verbandes nicht dienen, zurückzuweisen. Schriftführer, beachtet den Beschluss!

## Aus dem Wetterwinkel.



Unsere Frankfurter Tagung ist vorbei. Was und wieviel auf dieser Tagung geredet wurde, darüber berichtete ausführlich der „Steinarbeiter“. Doch „wie“ geredet wurde, ich meine die Pose, das Temperament, die Lungenkraft, die Logik, das konnte nur der Teilnehmer beobachten, der gerade nicht selber redete. Ich, der Steinklopfer-Hannes, war auch im Besammlungslokal, natürlich unter meinem ererbten und standesamtlich festgehaltenen Namen. Ich habe nun in Frankfurt a. M. manchen Eindruck in mich aufnehmen können, der nun zum Teil an dieser Stelle in unserer Verbandszeitung Verwendung finden möge. Der

äußerliche Eindruck des Steinarbeiterparlamentes im Vergleich zu den früheren, die ich mitmachen konnte, ist einfach lobenswert. Kein Fremder hätte, nach dem äußeren Habitus zu urteilen, konstatieren können, daß die Tagungsteilnehmer im Volksbildungshaus zur großen Steinklopferfamilie zählen. Und merkwürdig, aber erstens, war zu beobachten, daß vor der Mehrzahl der Teilnehmer den ganzen Tag — Seltersflaschen standen. Nur ganz wenige griffen zum Trank der alten Germanen, also zum mit Hopfen und Malz verbeizten Met. So wurde also tatsächlich Maß gehalten, daselbe auch in scharfen und kritisch spigen Reden und — was am beachtlichsten ist — vor allem wurde Maß gehalten in der Annahme der scharfen Anträge. Das ist letzten Endes das beste Zeugnis von der geistigen Höhe der Frankfurter Steinklopfertagung.

Nun kenne ich ja so manchen, der an Jahren alt und grau gewordenen, kenne zum Teil auch jene in mittleren Jahren, nur die jüngeren kenne ich weniger. Denn von meinem Wetterwinkel aus habe ich mit ihnen so gut wie keine Beziehungen. Auffallend war in Frankfurt allgemein, das Reden-Können aller Teilnehmer, und es kann gesagt werden, daß gar mancher dabei ist, der sich in den letzten Jahren vervollkommen hat und sozusagen etwas fertiger geworden ist. Uebung allein macht das sicher nicht. Die Grundlage dazu ist immer Wissen, und wer nun sein Wissen in geordneten Sätzen von sich geben kann, der hat sich zweifellos weiterentwickelt. Ich kann und will hierzu aus ganz bestimmten Gründen keine Namen nennen, sonst würde ich dabei, wie der Sachse sagt: „Ans Fetznapfchen treten.“ Ich muß also meine Eindrücke ganz allgemein geben, auch soweit die „Opposition“ in Frage kommt. Irgendwelchen Einfluß übte diese nicht aus. Eindruck machte sie ebenfalls nicht mit ihren Reden und Rednern. Man muß das schon an der Gewerkschaftsfrage wollen mit aller Deutlichkeit sagen. Wer neugierig darin war von den sonstigen Teilnehmern, wurde gewiß arg enttäuscht. Praktische Gewerkschaftsarbeit läßt sich eben auf solche Art nicht vorwärtstreiben, weil der Parteiknüppel aus allen Sähen, Worten und sonstigem Benehmen hervorlugt. Dieser leidige Knüppel läßt sich nicht verbergen, und ehrlischer Bekennernut bei einzelnen will das auch nicht. Von den sogenannten Oppositionsrednern war auch nur ein einziger wirklich konsequent; denn was er sagte, hatte — von jener Seite aus gesehen — wenigstens Hand und Fuß und hielt sich klugerweise an das Gewerkschaftliche. Das Sonstige war gewiß kümmerlich, gemessen an den vorher hier und dort zum Aus-

druck gebrachten unbändigen Willen. Und was auf unsrer Tagung so klumpig vorgebracht wurde über weltpolitische Geschehnisse (England und Rußland), war Zeitvergeudung und muß wirkungslos verhallen, weil der Verbandstag dazu wirklich nicht der Ort ist, solche Angelegenheiten zum Nutzen des einen oder andern Landes abzuhängen. Darin liegt die Inkonsequenz und stempelt die „Dennoch-Befürworter“ zu unklaren Köpfen.

Der Empfangsabend durch die Frankfurter Kollegen war wirklich nett, trotz der Gwitterstimmung, die sich, vielleicht ungewollt, auf einigen Delegiertengesichtern zeigte. Das bringt wohl immer so ein Verbandstag mit sich und äußert sich besonders wohl dann, wenn man sich von seinem Ort oder Bezirk so einen bestimmten Befehl hat in die Tasche stecken lassen, und nun nicht handeln und reden kann, wie es sich aus der Sachlage ergibt und wie man nach dem erhaltenen Eindruck gern möchte. Denn so mancher und manches ist auf einer solchen Tagung doch anders, als man sich vorher gedacht hat. So kommt denn auch zwischen verschiedenen kein solider, kollegialer Händedruck zustande, oder wie man in Steinklopferkreisen sagt: Kein aufrichtiger Blick, „Pupille auf Pupille“. Also zum Empfangsabend — bessere Leute sagen Kommers — hatten sich die Frankfurter sehr angefreut. Am Eingang zum Saal stand zur Kontrolle ein Steinklopfer mit runden, klugen, braunen Augen, dazu hatte der einen Korpus und eine Bärenstimme, wie man heides sehr selten unter den Maß-Staubfressern in reiferen Jahren findet. Aber aus seinem Munde klang das Schwäbische ebenso freundlich und gemächlich wie das veritike Frankfurter Ditsch. Das Händeschütteln von Bekannten hat immer etwas sehr Herzliches an sich, und man kann dabei fast immer beobachten, wie sich die Hand gebend, „Vis-a-Vis“ dabei mustern, um die Spuren, die der Zahn der Zeit hüben und drüben hinterlassen hat, zu entbeden. Im Saal waren die Familienangehörigen der anwesenden Kollegen und zahlreicher aus der nächsten Umgebung vereinigt. Sie lauschten den künstlerischen Darbietungen von der Bühne. Die heiteren Vorträge am Empfangsabend hatten es besonders auf den „Schwob“ und den „Berliner“ — mir kann keener“ abgesehen, und man hätte bald daraus schließen können, daß diese beiden Landsmannschaften in unsrer großen Steinklopferfamilie eine besondere Rolle spielen. Daß dem nicht so ist, weiß jeder, der sich um die Organisation näher bemüht. Denn nicht ein Geburtsland oder -ort ist maßgebend, sondern neben dem persönlichen Wert, die Berufsgruppe an Zahl und Bedeutung. Jetzt ist bekanntlich Groß- und Kleinpflaster Trumpf geworden in Verbindung mit Schotter. Der Steinklopfer-Hannes hat damit recht enge Beziehungen, auch wenn er fernab von der großen Masse dieser Gruppe, einsam an der Landstraße die Steinbroden zusammenhaut.

Der Geist — ich meine allerdings nicht unsre erste Finanzkraft — der auf der Frankfurter Tagung herrschte, war jedenfalls erfreulich. Wohl kamen von einigen Vorsichtigen Bedenken in den praktischen Durchführung der Beitragsbeschlüsse draußen in den Zahlstellen zur Geltung; doch wurden diese Bedenken überwogen und zertrümmert von dem Willen zum Vorwärtstreben und Ausbau des Verbandes. Die Vertreter großer Steinbruchbezirke, also solche ländlicher Herkunft, waren eigentlich die Einsichtigen für die klare Bahn und standen durchaus nicht im Gegensatz zu den großstädtischen Auffassungen. Es zeigt sich hierin immer erneut, wie die Organisationssträger im Laufe der Jahre sich vertragen haben. Sie sind im buchstäblichen Sinne gewandert von der Stadt hinaus aufs Land und bläsen nun der Steinklopferorganisation den unentbehrlichen Luftzug von dort ein. Wer will das beklagen? Oder: Wer freut

sich etwa darüber nicht? Unsre Zukunft als Verband liegt eben da draußen! Genau so wie im Sommer zur Erholungszeit alles, was nur die Möglichkeit hat, hinausdrängt aufs Land, dort, wo die felsigen Berge, Wälder und Ruinen tragen, so drängen auch wir als Organisation nach dort. Denn größer, stärker, ansehnlicher und leistungsfähiger wird sie nur, wenn sie sich in den ländlichen Bezirken einnistet. Nur so können wir mit unsrer Mitgliederzahl die siebzehnjährige und achtzigtausend erklettern.

Diese Verchiebung zeigte sich auch auffallend unter den Rednern der Frankfurter Steinklopferparlamentes. Und wie ernst da draußen die Organisationsarbeit aufgefaßt wird, bezeugt, daß aus den wilden Bergen des Westerwaldes ein Delegierter erschien mit eigenem Agitationsauto. Ein Auto demnach, das den Beauftragten für die Agitation freimacht von der Fahrzeit der Eisenbahn, die in den abgelegenen Gebieten recht kümmerlich und unpassend ist. Allerdings ist der Autowagen nur klein; der betreffende Kollege hoßt darin wie einer, der im Begriff ist, unters Wasser zu kriechen; aber immerhin beweist die Anschaffung den ersten praktischen Willen sich zur Einnistung des Verbandes aller technischen Hilfsmittel zu bedienen. Das ist das Wesentliche dabei, und besonders zu beachten, daß dieser Vorschlag von „unten“ kam, und von da unten auch der Wagen bezahlt wurde. Einfach großartig! Dieser Organisationswille der Steinklopfer in den Basaltbergen des Westerwaldes.

Großartig war auch die Handbewegung mit der über gewisse Anträge hinweggegangen wurde, nicht leichtfertig; aber doch im Unterscheiden des Persönlichen vom Sachlichen und ein Wohlbeachten des Steinwurfs, der den Wellenschlag verursachte. So hat die Tagung in Frankfurt a. M. neben anderem das geleistet, was ihr oblag. Wohl sind manche Wünsche unbefriedigt geblieben; das wird ja immer so bleiben; aber die aufwärtsführende Linie wurde eingehalten. Auffallend ist nur, daß die SPD-Tagespresse allerorts, wenn überhaupt, so nichtsagend über den Verlauf unsrer Tagung berichtet hat. Vielleicht ist gar schuld daran, daß gewisse Anträge unter den Tisch des Verbandstages gerutscht sind. Wenn das ausschlaggebend gewesen sein sollte, dann ist es allerdings bedauerlich. Aber mag dem nun sein, wie ihm wolle, jedenfalls muß die Berichterstattung an die Arbeiter-Tagespresse künftig von uns selbst besorgt werden. Dann hört das Vertuschen, das Bemänteln und das Verhehlen in der Berichterstattung auf. Wohl war die kümmerliche Berichterstattung in der Arbeiterpresse über unsre Tagung ärgerlich, aber die hohe Meinung über die Beschlüsse des Verbandstages kann dadurch wohl bei keinem ernsthaften Gewerkschafter abgelenkt werden, und natürlich erst recht nicht beim Steinklopfer-Hannes.

## Wahrheit!

Wißt du Freundschaft zwischen uns und Klarheit, Freund? Dann erbitte ich eins von dir: Sage unerschrocken stets die Wahrheit, Aber bitte, nur nicht mir.

Als man sich jüngst bei mir beklagte, Daß heutzutage kein Mensch die Wahrheit sage, Da kann ich ob dem Sinn der Worte nach, Und sieh', als ich ihm, der sich so bitter erst beklagte, So recht vom Herzen mal die Wahrheit sagte, Da konnt' er selber sie nicht mal vertragen!



Die gegenwärtig bessere Arbeitsgelegenheit verpflichtet die Betriebsmitglieder erst recht Erfindungen einzuholen, bevor ein Arbeitsangebot angenommen wird. Auch bei Anzeigen im Arbeitsmarkt des „Steinarbeiters“ muß das befolgt werden. Diese ganz selbstverständliche Vorsicht wird sehr oft übersehen und die Folge davon ist, daß bei Arbeitsaufnahme unter den Kollegen recht unangenehme Auseinandersetzungen entstehen. Die Nichtbeachtung der für einen organisierten Arbeiter selbstverständlichen Pflicht kann unter Umständen zum Ausschluß aus dem Verbands führen.

**Von den Gefahren der Steinbrucharbeit.** Schon wieder ein tödlicher Unfall im Bezirk Mayen. Auf dem Hartbasaltabbau der Fa. Fr. X. Michels im Thüer Berg verunglückte der 23jährige Steinarbeiter Joh. Dreiser aus Thür, am 10. Juni d. d. Tag, daß er 2 Tage später seinen Verletzungen erlag. Bei dem Versuch, einen ungefähr 3 Kubikmeter großen Steinblock zum Abstoß freizumachen, soll dieser sich plötzlich vom Gebirge losgelöst und den Bedauernswerten mit in die Tiefe gerissen haben. Er schlug hierbei mit dem Unterleib auf eine spitze Kante des Steinblocks und zog sich schwere innere und äußere Verletzungen zu. Eine sofort vorgenommene Operation im Krankenhaus in Niedermendig konnte, trotzdem gut verlaufen, den Verletzten nicht retten.

Der fällige Schiefenfall ereignete sich dieser Tage in dem Betrieb Kell bei Dorndorf. Der Stollenhauer Keller war vor Ort am Arbeiten, als plötzlich ein Schuß losging und Keller schwer am Kopf, hauptsächlich die Augen, verletzte. Wie das Unglück passieren konnte, ist bis jetzt noch nicht festgestellt worden.

**Steinach (Schiefengebiet.)** Vor einigen Wochen ging durch die Tagespresse Thüringens ein Artikel „Besserung in der Thüringischen Schiefergrub-Industrie“. Es hätte dieses Artikels nicht erst bedurft, denn was man täglich und stündlich sieht, braucht man nicht erst in der Zeitung zu lesen. Ein Geschäftsgang, wie er seit Jahren nicht zu vergleichen war. Wenn daher die betreffenden Arbeiter glaubten, daß bei diesem guten Geschäftsgang auch etwas für sie herauskäme, so befanden sie sich jedoch in einem großen Irrtum. Auf eine Eingabe an die Firmen Staatswerke und Mayr und Löhrs hatten die Leiter dieser Firma nichts anderes als die alten üblichen Phrasen übrig. Wir verkaufen unter den Geschäftskosten, die Betriebe arbeiten viel zu teuer. Daß diese Betriebe viel zu teuer arbeiten, sieht man an dem Heer der Beamten, welches von den paar Arbeitern unterhalten werden muß. Mit Ausnahme von einigen Unterbeamten, die genau so am Hungertuch nagen müssen, wie die Arbeiter, beziehen die Herren Beamten Gehälter, bei denen von der Not der Arbeiter gar keine Rede mehr sein kann, und denen daher auch die Not der Arbeiter gar keine unfaßbare Begriffe sind. Hat doch vor einem Jahre der Direktor der Staatswerke sich selbst als den einzigen wirklichen Proletarier bezeichnet, der im Eisenwerk wohne. Jeder Arbeiter habe ein Stückchen Acker, Wiese, seine Ziege, einige Gänse, Enten oder Hühner, er allein habe nichts als sein Gehalt. Also wirklich bedauernswerte Proletarier mit beinahe 9000 Mark Jahreslohn, während die Arbeiter gerade zu dieser Zeit in drei Tagen Arbeitszeit 15 bis 16 Mark wöchentlich verdienen. Wir wollen aber nicht zu weit abschweifen, sondern auf den eigentlichen Zweck dieser Zeilen zurückkommen. In Anbetracht des äußerst flotten Geschäftsganges einerseits, der trostlosen Lage der Arbeiter andererseits wurden von der zuständigen Organisation, dem Zentralverband der Steinarbeiter, folgende Lohnforderungen gestellt. Die Stundenlöhne werden ab 2. Mai um 12 Pfg. erhöht, die Affordolage um 12 Prozent. Die Stundenlöhne betragen bisher 58 bis 62 Pfennig. Ohne irgendwelche Verhandlung wurde die Forderung glatt abgelehnt. Daraufhin wurde der Schlichtungsausschuß Sonnenberg zur Vermittlung und Entscheidung angerufen. Dieser fällt am 16. Mai nach längerer Verhandlung folgenden Spruch: 1. Es bewendet bei den bisherigen Affordolagen. 2. Die Stundenlöhne sind nach Ortsklasse 1 des jeweils geltenden Metallarbeitertarifs zu entlohnen. 3. Diese Regelung ist mit 14tägiger Wirkung, erstmalig am 15. November 1927, kündigung. Wie sieht nun die praktische Ausführung dieses Spruchs aus? Von den 187 Arbeitern im Staatswerk erhalten zur Zeit 2 Arbeiter eine Erhöhung von 1 Pfg. die Stunde, weitere 42 Arbeiter dagegen eine wöchentliche Zulage von 25 Reichspfennig. Also 24 Reichspfennig wöchentliche Zulage! Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun! Allen Parlamenten Deutschlands möchten wir empfehlen, bei der bevorstehenden Neuregelung der Beamtengehälter obigen Schiedsspruch als Grundlage zu benutzen, besonders beim Kapitel „Oberhaupter“. Daß dieser Spruch von der Arbeiterschaft ohne Diskussion abgelehnt wurde, braucht eigentlich nicht besonders erwähnt zu werden. Noch ist das letzte Wort in dieser Angelegenheit nicht gesprochen, die Arbeiterschaft ist fest entschlossen, das ihr von den Unternehmern Borenthaltene sich mit der Waffe der Organisation zu holen. Dazu gehört aber vor allem: jeder Arbeiter in seine Organisation dem Steinarbeiterverband! Lange genug hat man Riemen auf Riemen aus eurer Haut geschnitten. Denkt an den Oktober 1924! Beamtengehältererhöhung — Lohnreduzierung. Soll es jetzt etwa wieder so werden? Verweigert man auch eine Lohnreduzierung etwa aus dem Grunde, um Mittel zur Erhöhung der Beamtengehälter zur Verfügung zu haben? Denkt und handelt!

**Mannheim.** Auf dem Werkplatz Hans Krug, Kunst- und Natursteinbetrieb, herrschen in jeder Hinsicht ungläubliche Zustände. Das ist viel mit darauf zurückzuführen, daß sich die Firma dem ihr zuständigen Bezirksarbeitgeberverband für das Baugewerbe Mannheimer-Ludwigshafen angeschlossen hat, nachdem die Angliederung der Kunststeinformer, Schleifer und Hilfsarbeiter an den Steinarbeiterverband erfolgte. Vor seiner Angliederung an den genannten Verband konnten betriebliche Angelegenheiten beiderseits in gutem Einvernehmen beigelegt werden. Von dieser Zeit ab versuchte der Firmenvertreter durch alle möglichen Schikanen, die Arbeiter von ihrer zuständigen Organisation abzuhalten. Die gesetzliche Betriebsvertretung kannte er nur, wenn es sich um seine Interessen handelte. Besonders die Vertreter der genannten Berufsgruppen, obwohl diese von der ganzen Belegschaft einstimmig gewählt war, ignorierte er ständig.

Wir fühlen uns gezwungen, festzustellen, daß dieser Arbeitgeber in bezug auf Erregbarkeit und auf seine ganze Einstellung als Arbeitgeber zu Arbeitnehmern seinesgleichen nicht. Diese Behandlung ist für organisierte Arbeiter, die im In- und Ausland in ihrem Berufe tätig waren, einfach unerträglich. Bei den geringfügigsten, den betreffenden Verbandskollegen meistens gar nicht bewußten Angelegenheiten, vollführt er ein jämmerliches Geschrei, das jedesmal mit hinausgeschmeißten ausklingt. Versuche der Betriebsvertretung, solche Fälle durch Verhandlung beizulegen, hatten keinen Erfolg. Für die Verhandlung hatte der Betriebsinhaber keine Zeit. Durch Einzelvornahme der Verbandskollegen und durch Drohungen mit hinauswerfen versuchte er diese einzuschüchtern. Kein Mittel ließ dieser Herr unverzucht, ihm mißliebige organisierte Arbeiter aus dem Betrieb zu entfernen. Bei einer solchen Auseinandersetzung des Betriebsinhabers mit einem Verbandskollegen machte er die sehr bezeichnende Aussage, er wüßte, wo rote Hasen laufen. Auf die berechtigten Anträge des betreffenden Kollegen, ob das heißen solle, daß er ihn aus dem Betrieb haben wolle, erhielt er die Antwort: „Merkt ihr das jetzt erst?“ Des weiteren machte er die wörtlichen Bemerkungen: „Herr Köstner sagte mir, solange ich den alten und jungen Müll nicht aus meinem Betrieb hinausjagende, bekomme ich darin keine Ruhe.“ Zur Erläuterung sei bemerkt, daß Unternehmer Köstner normals sein größter Feind bzw. Konkurrent und jetzt sein Berater ist. Kollege Müll ist der Vorsitzende der Zahlstelle Mannheim, Müll jun. dessen Sohn und Betriebsratsmitglied. Durch tarifliche Vereinbarung wurde der Arbeitslohn an Sonnabenden vor Ostern, Pfingsten usw. auf 1 Uhr mittags festgesetzt. Das war anscheinend dem Betriebsinhaber sehr unangenehm. Diese Einstellung zur Arbeitszeitregelung gab den Grund zur Entlassung der Kollegen Müll sen. und jun. Der Vorgang spielte sich wie folgt ab:

Kurz vor Arbeitslohn wurde von dem betr. Kollegen das Werkzeug, das obendrein bei genannter Firma noch gestellt werden

muß, gereinigt, da sein Material aufgearbeitet war. Während der Werkzeugreinigung kam Herr Krug mit dem Anliegen zu zwei Kollegen, es wäre noch Material vorhanden, das von ihnen aufgearbeitet werden müsse. Dem Verlangen wurde Rechnung getragen. Nach 1 Uhr und nachdem schon zwei Kollegen zur Arbeit bestimmt waren, was für eine Form sicherlich genügt, forderte der Betriebsinhaber in barschem Ton das ihm längst schon mißliebige geworden Betriebsratsmitglied Müll jun. auf, er solle länger arbeiten. Dieser lehnte es mit der Bemerkung ab, daß das Material aufgearbeitet und überdies gleich Feierabend sei. Von den darauf folgenden Drohungen: „Sie können gehen usw.“, sei nur gesagt, daß man darauf nicht viel gibt, da solche Redewendungen in dem Betrieb gebräuchlich sind. Festgehalten soll nur werden, daß es sich nicht um Aufarbeitung des Materials handelt, sondern darum, Müll zur Ueberarbeit ohne Vergütung zu zwingen. Herr Krug erwartete, daß Müll dieses unbillige Verlangen ablehne und die Entlassung des Kollegen Müll herbeiführe. Der betroffene Kollege half aber trotzdem den zur Arbeit bestimmten Kollegen, worauf ihm aber während der Fertigstellung der Arbeit seine Entlassung Pfingstsonnabend durch den Buchhalter mitgeteilt wurde, obwohl es längst Feierabend war. Dem Betriebsrat konnte von der Entlassung erst am Dienstag Mitteilung gemacht werden, worauf dieser augenblick-

## Beschaffung von Fahrrädern.

Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat mit der Lindcar-Fahrradwerk-Aktiengesellschaft, die bekanntlich ein Unternehmen der Hand der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. ist, einen Lieferungsvertrag auf Fahrräder abgeschlossen. Dadurch ist den Mitgliedern der im A.D.G.B. zusammengeschlossenen Gewerkschaften, wozu auch unser Verband gehört, Gelegenheit geboten, Qualitätsfahrräder zu wirklich günstigen Bedingungen und Preisen zu beziehen.

Die Arbeiterhand hat die Verpflichtung übernommen, für unsere Kollegen den Kaufpreis für je ein Fahrrad an die Lindcar-Fahrradwerk Aktiengesellschaft zu verauslagern. Die Räder werden daher ohne jede Anzahlung abgegeben. Die Kaufsumme ist in wöchentlichen Raten von 3 Mark bzw. monatlichen Raten von 12 Mark an die Arbeiterhand zurückzuführen. Die Raten sind vertragsgemäß so niedrig gehalten, damit jeder Erwerbstätige durch Ersparnis der Fahrgelder ohne nennenswerte wirtschaftlich fühlbare Belastung ein gutes Fahrrad erwerben kann.

Die Lindcar-Fahrradwerk Aktiengesellschaft stellt 14 verschiedene Fahrradmodelle her, denen allen der außerordentlich stabile Bau, der spielend leichte Lauf und das gefällige und form schöne Äußere gemeinsam ist.

An erster Stelle sind die kräftigen Tourenräder zu nennen, welche die gegebenen Modelle für die Berufstätigkeit sind. Der Preis beträgt für das Herrenrad, das als Innenlötlungs- und Außenlötlungsmaschine hergestellt wird, 115 Mark, für das Damenrad 123 Mark.

Daneben bringt die Lindcar-Fahrradwerk Aktiengesellschaft zwei Luxusmodelle (Herrenfahrrad, Modell 11, 125 Mark, Damenfahrrad, Modell 21, 133 Mark), die sich durch ihr besonders schönes Äußere und ihre erstklassige Ausstattung hervorheben. Sie sind in erster Linie für Erholungsfahrten geeignet und dürften hauptsächlich von Kollegen, die bereits eine ältere Gebrauchsmaschine besitzen, bezogen werden.

Im Gegensatz zu diesen Luxusrädern sind die Modelle 14, 130 Mark, und Nr. 15, 118 Mark, vollständig den Bedürfnissen des Berufs angepaßt. Sie sind ausschließlich aus praktischen Erwägungen heraus konstruiert worden.

Das erstere Modell ist speziell für das flache Land bestimmt, zeichnet sich durch seine überaus starke Bauart aus und kann mit schwersten Lasten auf schlechtesten Wegen benutzt werden. Das letztere ist für die Großstadt gedacht; es ist außerordentlich wendig und leicht beweglich und bietet infolge seiner besonderen Konstruktion in verkehrsreichen Gegenden für den Fahrer die größtmögliche Sicherheit.

Für Sportfreunde bringt das Lindcar-Fahrradwerk zwei Modelle in Halbtourmaschinen, und zwar Modell 16, zum Preise von 112 Mark, und für verwöhntere Ansprüche Modell 17, zum Preise von 135 Mark. Beide Typen erfüllen in jeder Hinsicht alle Anforderungen, die an gute Halbtourer gestellt werden müssen, und haben sich daher viele Freunde erworben.

Als Modell 18 erscheint die „Lindcar-Strassenrennmaschine“, ein wirklich hervorragendes konstruiertes Rennrad, aus bestem englischen nahtlos gezogenen Reynolds-Präzisionsstahlrohr gebaut, außerordentlich leicht laufend, von geringem Gewicht und doch den größten Anforderungen hinsichtlich Haltbarkeit genügend. Die Ausstattung der Rennmaschine, welche 155 Mark kostet, kann nur als erstklassig bezeichnet werden.

Weiter bringt das Lindcar-Fahrradwerk Fahrräder für Sportlerinnen, Knaben- und Mädchenräder.

Sämtliche Fahrräder werden mit erstklassiger Bereifung (Continental prima, Excelsior, Pollack) erstklassigem Freilauf mit Rücktrittbremse (Torpedo, Komet, Rotax), Glack, Rahmenpumpe und Werkzeugen verpackungs- und frachtfrei Verbräuchsort geliefert. Es wird auf Lindcar-Fahrräder eine schriftliche Garantie von 3 Jahren gewährt. Es wird dafür garantiert, daß alle Modelle aus nahtlos gezogenen Präzisionsstahlrohren hergestellt und im Tauchverfahren hart gelötet sind; ferner, daß alle blanken Teile zwecks Korrosion vor der Vernickelung schwer verputzt sind und die Emailierung des Rahmens (die dreifach erfolgt) stoßfest und rostgeschützt ist.

Bestellungen auf Lindcar-Fahrräder nehmen die Ortsausschüsse des A.D.G.B. entgegen, bei welchen auch Bestellformulare erhältlich sind. Der Versand der Räder erfolgt verpackungs- und frachtfrei direkt ab Fabrik an die Adresse des Bestellers.

Wir empfehlen den Kollegen, die ein Fahrrad zu erwerben wünschen, von dem Vertrag weitestgehend Gebrauch zu machen.

lich durch Verständigung des Verbandsvorsitzenden, in Vertretung des abwesenden Betriebsobmanns den Betriebsinhaber zu sprechen wünschte. Das wurde strikte abgelehnt. Herr Krug wollte aber gleich reine Wirklichkeit machen und entließ auch den Kollegen Müll sen. und verbot ihm das Betreten seines Platzes. Das war der Dank für die Vermittlertätigkeit des Vorsitzenden der Zahlstelle. Die Belegschaft wurde dadurch gezwungen, den Betrieb sofort geschlossen zu verlassen, um außerhalb desselben zur Lage Stellung zu nehmen. In dieser Belegschaftsversammlung wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, zur Arbeitsstätte erst dann zurückzukehren, wenn die gemahregelten Kollegen wieder eingestellt werden und der Vorsitzende, sowie der Betriebsrat als Vertreter der Arbeiter Anerkennung finden. Da auch die Beilegungsverhandlungen durch unsern Gauleiter scheiterten, befindet sich die Belegschaft der Firma Krug durch diese Maßregelung im Streik. An dem Streik sind sämtliche Arbeiter, mit Ausnahme des Poliers P. Stod beteiligt. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß Herr Krug, als er vor 2 Jahren sein Geschäft mit 2 Arbeitern gründete, selbst Kunststeine einstampfte. Heute hat er das nicht mehr nötig. Etwa 50 bis 60 Arbeiter und 4 Bureaubeamte sind jetzt beschäftigt. Der Ertrag des Geschäfts gestattet Herrn Krug in dieser kurzen Zeit, sich einen Bulldoggslepper mit 2 Anhängern, ein 4-Sitzer-Personenauto und 1 Motorrad anzuschaffen. Das allein ist Beweis genug, daß die Arbeiterschaft in jeder Hinsicht redlich ihre Pflicht erfüllt hat und eine andere Behandlung verdient, als wie sie Herr Krug zu pflegen beliebt. Nun hat Herr Krug veranlaßt, daß in der Natur- und Kunststeinbearbeitung alle Kollegen ausgesperrt werden. Vielleicht sehen die Unternehmer aber doch ein, daß allzu hart schartig macht.

Blattling. Für den bairischen Wald fand am Sonntag, dem 12. Juni, 10 Uhr, in Blattling eine Zahlstellentagung statt. Vertreten waren 14 Zahlstellen durch 18 Delegierte, Gauleiter

Schmidt sowie Bezirksleiter Haukeiner waren anwesend. Im ersten Punkt der Tagesordnung erhaltete der Gauleiter Bericht vom Frankfurter Verbandstag. In der Aussprache hierüber wurden von den Konferenzteilnehmern die Beschlüsse des Verbandstages gutgeheißen. Die neue Beitragsregelung war nocheinmal, um dem Verband die Mittel zu geben, damit dieser den Anforderungen seiner Mitglieder noch mehr als bisher nach jeder Richtung dienen kann. Unter Punkt 2 der Tagesordnung berichtete der Gauleiter über den neuen Tarifabschluß in der Pflasterindustrie. Der Vortragende beklagte dabei ganz besonders die außerordentlich große Interessenlosigkeit der Zahlstellenleitungen bei Beschaffung der so notwendigen Unterlagen zum Abschluß dieses Tarifes. Dem entsprechend sei nun auch in ihm die Gruppeneinteilung erfolgt und die dadurch bedingte Benachteiligung der Kollegen der jümmigen Zahlstellen. Bei allen Mängeln dieses Tarifes bedeutet er aber doch noch einen Vorteil für unseren Bezirk gegenüber dem bisherigen tariflosen Zustand, der volle 16 Monate währte. Aufgabe unserer Kollegen ist es nun, mit aller Kraft den neu geschaffenen Tarifvertrag reiflos zur Durchführung zu bringen und die Organisation auch im bairischen Wald schlagkräftig zu gestalten, um die erbärmlichen Lohnsätze auf einen Stand zu bringen, der ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Die Aussprache über diesen Punkt zeigte mit geringer Ausnahme, volle Einmütigkeit und ist zu hoffen, daß die Freude so vieler Kollegen doch endlich einmal verschwindet. Das rigorose Vorgehen der Unternehmer dürfte seinen Teil hierzu schon beigetragen haben. Der letzte Punkt der Tagesordnung, „Neues Lohnabkommen für die Werksteingruppe des unteren bairischen Waldes“, gab noch Anlaß zur lang anhaltenden Debatte, doch wurde auch hierüber in letzter Minute noch Übereinstimmung der dabei interessierten Kollegen erzielt.

**Wildberg.** Der Vorsitzende R. Schneider eröffnete die Versammlung am 2. Pfingstfeiertag um 2 Uhr. Leider war der Besuch der Kollegen nicht so wie erwünscht, nur 15 Kollegen waren erschienen. Der Vorsitzende legte den Kollegen in eindringlichen Worten nahe, die Versammlungen besser zu besuchen, denn nur durch Zusammenkunft kann erzielt werden, wonach jeder Kollege in der Existenzfrage steht. Ebenfalls erluchte er, zu den Versammlungen die Mitgliedskarten mitzubringen, damit eine Kontrolle der Beiträge durchgeführt werden kann. Es wurden 5 neue Mitglieder aufgenommen. Es wurde beschlossen, nochmals alles zu versuchen, um die Unorganisierten in den Verband zu bringen, andernfalls die Filiale andere Mittel anzuwenden. Wir hoffen aber, daß es uns im guten gelingen wird. Ferner wurde beschlossen, an jedem 1. Sonntag des Monats Versammlung abzuhalten, damit jedem Kollegen Gelegenheit gegeben ist, alles zu erfahren. Der Ort und die Zeit soll diesmal in der Versammlung bekanntgegeben werden. Die nächste Versammlung findet in Bergerhof beim Wirt Johann Steiger statt. Zum Schluß wünschten die Kollegen, daß die organisierten Unternehmer keinen unorganisierten Pflasterer mehr aus unserer Heimat beschäftigen möchten. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

**Berlin-Steglitz.** Im „Vorwärts“ vom 3. 6. 1927 wurde unserem Verbandsmitglied, dem Steinseher-Kollegen Franz Döring, wegen seiner 25jährigen Tätigkeit als Gewerbegerichtsbeisitzer und nebenbei auch wegen seiner dauernden Regamkeit auf politischem Gebiet, lobende Anerkennung ausgesprochen. Wir freuen uns dessen und wollen auch die Rührigkeit des Jubilars auf gemeinschaftlichem Gebiet hervorheben:

Seit 1890 Mitglied im Steinseherverband, wurde Döring schon bald von seinen Kollegen bei Lohnbewegungen als Streikführer bestimmt, die alten Mitglieder der damaligen Filiale Schöneberg, Steglitz und Umg. werden ihn aus dieser kürzlichen Zeit noch gut in Erinnerung haben. Als Mitglied des Lehrlingsausschusses, 20 Jahre in der Schlichtungskommission, seit 1905 als Altgenosse, überall vertritt er noch heute mit Eifer die Interessen seiner Kollegen. Nachdem er 1896 die Gewerkschaftskommission Steglitz und Umg. mit gründen half, wählte man ihn dort 1897 zum Vorsitzenden, welchen Posten er 12 Jahre zu alleseitiger Zufriedenheit versah. Auch nach der Reorganisation der Berliner Gewerkschaftskommission vertritt er bis auf den heutigen Tag seine Organisation im Unterausschuß des Ortsausschusses des A.D.G.B. Berlin, 12. Bezirk, so daß Döring bis zur Stunde stets meistens mehrere Vertrauensposten innerhalb seiner Organisation ausfüllt. Als Vorsitzender der Gewerkschaftskommission in Steglitz hatte Döring aber auch noch die übrigen im Orte befindlichen, damals noch recht schwachen Ortsgruppen anderer freier Gewerkschaften zu betreuen. Auch seine Arbeit zwecks Durchführung des Bauarbeiterlohngesetzes ist nicht vergessen; so blieb ihm wohl kein Abend für seine persönlichen Angelegenheiten frei.

Trotzdem Döring auch in der Konjungenossenschaft noch ein Ehrenamt ausübt, fehlt er selten in den Versammlungen des Verbandes für Präsidententum und Feuerbestattung und ist als Ehrenmitglied der Ortsgruppe Steglitz des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“ noch für die Arbeiter-Sportbewegung tätig. Als Beisitzer-Kandidat für das im Entschieden begriffene Arbeitsgericht aber genießt Franz Döring volles Vertrauen.

Wie die Verbandsmitglieder aus vorstehendem entnehmen können, leistet und leistete der Kollege allerhand. Ein solches leuchtendes Beispiel muß manchen jüngeren Kollegen anspornen, seinen Mann in der Arbeiterbewegung ebenso zu stehen wie Franz Döring. Im Geiste brüden wir dem Jubilare die Hand mit dem Gelöbnis, ihm nachzueifern. Wir können auf einen solchen Kollegen stolz sein!

## Rundschau.

**Richard Pittschke †.** Wir wir erfahren, ist Mitte Juni Richard Pittschke in Frankfurt einem Herzschlag erlegen. Vom Jahre 1906 bis 1923 war Pittschke als Angehöriger des vormaligen Steinseherverbandes in Süd- und Westdeutschland tätig. Seinem Wirken ist es zu danken, daß in den verschiedensten Bezirken Süddeutschlands die Pflasterer fest an die Organisation gekittet wurden. Nach dem Kriege schlug er Wege ein, auf den ihm die deutschen Steinseher mit wenigen Ausnahmen nicht folgten. Angesichts des Todes verzagen wir es uns, auf die bekannten durch ihn geschaffenen Verhältnisse bei der Vermählung einzugehen. Er ist tot und darum wollen wir nicht rechten.

**Eine Straßenbautagung während der Leipziger Herbstmesse 1927.** Zur diesjährigen Leipziger Herbstmesse vom 28. August bis 3. September wird, ähnlich wie bereits vor 1 1/2 Jahren zur Frühjahrsmesse 1926, eine Tagung für Straßenbau und Straßenverkehr stattfinden. Sie wird 3 Tage, nämlich vom 31. August bis 2. September 1927, dauern. Die wissenschaftliche Leitung dieser Veranstaltung liegt in Händen des Geheimen Regierungsrats Prof. Dr.-Ing. Briz, Charlottenburg, Vorsitzender der Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau, und des Ministerialrats Dr.-Ing. Sped, Dresden, Vorstand der Straßenbau-Direktion im Sächsischen Finanzministerium. Das überaus große Interesse, das schon die gleichgerichtete Tagung im Frühjahr 1926 fand, ließ Wünsch nach einer Wiederholung bereits im Herbst 1926 und Frühjahr 1927 laut werden. Es wurde jedoch für zweckmäßig erachtet, die Tagung erst im Herbst 1927 zu wiederholen, einmal, weil in dieser Jahreszeit die Witterungsverhältnisse für die praktischen Vorführungen günstiger liegen, ferner aber auch, weil dann eine Beirteilung der zahlreicheren bei der letzten Tagung beschäftigten Straßenbaumethoden in und um Leipzig hinsichtlich ihrer Bewahrung im Betrieb möglich ist. Gerade dieser Umstand wird dem praktischen Straßenbauer und den Behörden besondere Anregung bieten, wie denn auch den Wünschen der Praxis dadurch Rechnung getragen wird, daß das Schwergewicht der Tagung in der Beschäftigung von Straßenbauern der verschiedensten Bauarten und der praktischen Vorführung von Straßenbaumethoden liegt. Wissenschaftliche Vorträge finden am ersten Tage der Veranstaltung statt.



**Beschwerden der Natursteinindustrie gegen die Geschäftsführung der Steinbruchsberufsgenossenschaft** werden schon seit Jahren zum Ausdruck gebracht. Nunmehr hat nach einer Notiz in den Unternehmerrichtungen am 2. Mai 1927 in Kassel eine Besprechung der beiderseits eingeleiteten Kommissionen stattgefunden und dort „alle Fragen einer befriedigenden Lösung zugeführt“. So wird in Zukunft bei der Ausarbeitung eines neuen Gehaltentarifs das nur in engster Fühlung mit dem Reichsverband der Deutschen Steinindustrie erfolgen. Eine an sich eigentlich selbstverständliche Sache, da die Unternehmer ja Träger der Versicherung sind. Eine Kommission von der Steinbruchsberufsgenossenschaft wurde gewählt, um die noch schwebenden Fragen mit den Vertretern der Natursteinindustrie weiterzuführen. — Eine solche Besprechung mit den gewerkschaftlichen Vertretern der Versicherungsobjekte (den Steinarbeitern) wäre sicherlich auch angebracht, wenn nicht gar angebracht wie die mit den Unternehmern, denn bei den letzteren handelt es sich wohl in der Hauptsache um die geldlichen Beitragsbelange, bei den Arbeitern aber ums Leben und um heile Knochen. Nach dem jetzigen Inhalt und Geschäftsführung der Unfallgesetzgebung ist an eine solche Besprechung mit Gewerkschaftsvertretern nicht zu denken; das kann nur auf parlamentarischem Wege erkämpft werden.

**Stand der Erwerbslosigkeit Anfang Juni.** In der zweiten Maihälfte ist die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge bei den männlichen von 603 000 auf 524 000, bei den weiblichen von 140 000 auf 125 000 zurückgegangen. Die Gesamtzahl senkte sich von 743 000 auf 649 000. Das ist ein Rückgang in der zweiten Maihälfte von 16,6 v. H. Im Monat Mai betrug der Gesamtzufluss 221 000 oder rund 2 v. H.



**Bekanntmachungen des Zentralvorstandes**

Die Kassierer und Revisoren der Zahlstellen werden ersucht, für pünktliche Einlieferung der Quartalsabrechnungen (bis zum 15. Juli) Sorge zu tragen.

Wert zu legen ist auch auf die genaue Ausfüllung der die Mitgliederbewegung betreffenden Rubriken.

Auf etwaige Reklamen kann mit der Abrechnung nicht gewartet werden. Wer mit seinen Beiträgen am Quartalschluß (26. Woche) nicht auf dem Laufenden ist, muß seinen Rückstand im neuen Quartal mit neuen Marken begleichen.

In diesen Tagen fand der Verband des Geschäftsberichtes für das Jahr 1925/26 seinen Abschluß. Einige Exemplare sind noch erhältlich.

Das Protokoll des Frankfurter Verbandstages befindet sich im Druck. Es wird zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder abgegeben. Bestellungen sind umgehend an den Verbandsvorstand zu richten.

**Bekanntmachungen der Zahlstellen u. Gauleitungen**

**Quedlinburg.** Vor dem Steinseher August Holzschuhmacher aus Nieder werden die Zahlstellen gewarnt. Er ist wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen und laboriert durch Verlängerung der Arbeitszeit und Akkordarbeit den bestehenden Tarifvertrag. Anfragen sind an den Vorstand der Zahlstelle Quedlinburg zu richten.

**Ausscheiden! Berlin. Aufgeben!** Ab 15. Juni 1927 ist das Ortsbureau nur noch geöffnet Montags, Mittwochs und Freitags von 8-1 und 3-6, Sonnabends von 8-2 Uhr.

**Dienstags und Donnerstags für den Außenverkehr geschlossen.** Wir ersuchen dringend alle Kollegen, dies zu beachten und ihren Familienmitgliedern zur Kenntnis zu bringen, damit nicht unnötige Ausgaben entstehen, da in Zukunft Abfertigungen außer in den Bureaustunden unter keinen Umständen erfolgen.

**Die Ortsverwaltung, J. A.: Gustav Mitsche.**

**Seebach.** Der am 8. November 1893 zu G e i n g (Bayr. Wald) geborene Hilfsarbeiter Joseph Schmid ist von hier abgereist, nachdem er verschiedene Betrügereien verübt hat. Seine Interimskarte ließ er in Unordnung zurück. Wir warnen vor diesem Ausschlagen.

**Langenjalza.** Die Kollegen allerorts werden gebeten, dem Unterzeichneten umgehend die Adresse des Kollegen Dufft, Karl, Steinseher, geb. 8. Dezember 1877 in Groß-Welsbach, mitzuteilen oder ihn auf die Notiz aufmerksam zu machen.

**Albert Schrumpf, Kassierer, Langenjalza, Maurergasse 13.**

**Freiburg, Baden.** Der wegen Beitragsreste aus unserer Zahlstelle gestrichene Steinhauer Friedrich Hösch schädigt die örtlichen Kollegen sehr durch Akkord- und Ueberstundenarbeit. Die Verbandsmitglieder mögen sich diesen „Mann“ merken. — Zugun nach Freiburg in Baden muß unterbleiben wegen noch nicht abgeschlossener Lohnverhandlung.

**Karlsruhe.** An Unterstützungen für die durch besondere Unglücksfälle in große Not geratenen Kollegen Jakob Silber in Sulzfeld und Karl Müller in Kürnbach gingen ein: Mannheim 80 RM., Mühlbach i. B. 40, Sulzfeld 30 und Weiler 15 RM., zusammen 145 RM. Außerdem die Zahlstelle Kürnbach direkt an den Kollegen 25 RM. Für die Unterstützung im Namen der beiden Kollegen herzlichen Dank. Die Gauleitung: Fr. Sarfert.

**Briefkasten**

Deutlich schreiben bei Adressenänderungen. Personennamen und Ortsnamen lassen sich nicht aus einem Zusammenhang folgern, wie sonstige unendlich geschriebene Worte. Ortsnamen dürfen auch nie nach der Mundart schriftlich mitgeteilt werden, sondern so, wie sie amtlich geschrieben werden.

**Selbig.** Bei Versammlungsanzeigen muß mindestens der vorgezeichnete Beginn und das Lokal angegeben werden.

**Schr. Langenjalza.** Weil du bereits 33% Prozent über die Friedensmiete zahlst, brauchst du nach unserer Kenntnis die 10 Prozent nicht auch noch zu zahlen. Nach den gesetzlichen Grundlagen sind nur 16,50 Mark zu entrichten. Wenn jetzt schon 20 Mark entrichtet werden, dann könnte das nur durch Vereinbarung gekommen sein, indem der Hauswirt außerordentliche Aufwendungen für die Instandsetzung hatte. Ob das zutrifft, kannst du selbst entscheiden. Die Hausbesitzer haben alle ihre Mucken, sind vom Stamme „Rimm“.

**Steinarbeiterleser!** Auf das ausgezeichnete und informierende Referat des Vertreters des DGB, Wilh. Eggert, abgedruckt in der heutigen Beilage, wird besonders hingewiesen.

**Rothenbach, Al.** Ganz nett, aber überholt durch unseren Artikel in Nr. 25.

**GEG-ZIGARETTEN SIND QUALITÄTSGIGARETTEN**  
Thadmor und Arbeitersportler zu 4 Pl.  
Zeronth zu 5 Pl. \* duftig \* leicht \* mild  
Nur zu haben im **KONSUMVEREIN**

**Zur Ordnung im Beitragsbuch.**  
Es ist immer der Beitrag im Mitgliedsbuch oder Interimskarte wöchentlich fällig, wie die neueste Ausgabe des „Steinarbeiter“ numeriert ist.

- Adressenänderungen.**
1. Gau: NO Neustettin. Vorj.: Otto Kleinschmidt, Grasweg-Barade. Kass.: Karl Schubring, Grünstr. 31.
  2. Gau: Wiadaczow. Kreis Kolet, Oberschles. Vorj.: Joh. Stefanides, Kass.: Alfons Stefanides.
  3. Gau: Reichenbach i. Vogl. Vorj.: Bruno Lüdecke, Wiesenstr. 53.
  7. Gau: Brand bei Martredwitz in Bayern. Vorj.: Wolfgang Schmidt, Wöllauerhammer 13. Post Brand bei Martredwitz. Kass.: Wilhelm Katholing, Brand Nr. 26 bei Martredwitz. — Tittling. Kass.: Franz Sterl, Höhrnberg bei Tittling.
  8. Gau: Jphofen. Vorj.: Franz Hefner.

**Neue Bücher, Zeitschriften.**

Der „Wahre Jakob“, der ab 1. Juli d. J. vom Verlag J. H. W. Dieß Nachf. erneut herausgegeben wird (die erste Nummer erscheint am 9. Juli) hat in der Wighliti-Literatur Deutschlands eine überaus bedeutsame Rolle gespielt. Sein Begründer, Heinrich Dieß, dem eine erstaunliche Arbeitskraft neben dem Riesenwerk seines Lebens, der Begründung des wissenschaftlichen Zentralverlages und Buchvertriebs der deutschen Sozialdemokratie, noch die Betreuung eines der Satire, dem Humor und der Unterhaltung gewidmeten Blattes gestattet, verstand aus dem „Wahren Jakob“ in einer Zeit, die die Wighliti-Literatur Deutschlands weit weg von der Seite des merkwürdigen, ringenden Volkes sprach, Gedicht wachte sich der 1887 herausgebrachte „Wahre Jakob“ in den ersten Jahren seines Bestehens den Maßstab des Ausnahmestückes zu entwickeln als das Schandgesetz fiel, wurde das Blatt schnell zu einem künstlerisch, literarisch und politisch wertvollen Faktor der deutschen Öffentlichkeit. Viele Dichter, Schriftsteller und Zeichner, die später zu einem Rang im geistigen Deutschland aufstiegen, haben sich im „Wahren Jakob“ die Sporen verdient. Die Karikaturen-Revue der großen Weltblätter wählten den politischen und kulturkritischen Karikaturen des „Wahren Jakob“ als Meinungsaussagen des „anderen Deutschland“ besondere Beachtung. Die Aufnahmen dieser Karikaturen, als im Jahrhundertende das zweite Hunderttausend weit über die Schranken war, konnte Heinrich Dieß mit Genugtuung konstatieren, daß der „Wahre Jakob“ eine Auflage erreicht habe, wie sie noch — mit einiger Ausnahme des „Lobener „Bund“ — kein europäisches Wighliti erreicht hatte. Die Erträge des „Wahren Jakob“ kamen dem immer größerer sich gestaltenden Ausbau der wissenschaftlichen Literatur der Sozialdemokratie zugute. Bis in seine letzten Tage hinein war Heinrich Dieß um die Ausgestaltung des „Wahren Jakob“ bemüht, Krieg und Infanterie jedoch führten zu einer zeitweiligen Einstellung des Blattes. Wenn jetzt der „Wahre Jakob“, getreu dem 40. Jahrgang wieder ins Leben gerufen wird, schneidig in der Satire, Humor, in der äußeren Ausstattung gemäß dem Grundgesetz, das das Beste gerade gut genug ist für die Arbeiterklasse, hervorragt und erstrahlend, so wird er, an Stelle von „Lachen links“ tretend, die Sympathien aller derer für sich haben, die den Wert der politischen Satire begriffen haben und die das Lachen in erster Zeit nicht zu verlieren gewillt sind.

„Le Traducteur“, französisch-deutsches Sprachlehr- und Unterhaltungsblatt, nach wie vor die angehende Art, sich in der französischen Sprache mit Hilfe dieses Blattes zu üben und zu vervollkommen, bestens empfohlen. Probeheft kostenlos durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

**Abrechnung der Hauptkasse vom 1. Quartal 1927**

**Einnahme:**

Eintrittsgeld	375.75
Beiträge	352 524.55
Erwerbslosenmarken	16 925.30
Ertragssteuermarken	3 735.—
An die Zahlstellen geliefertes Material	1 207.10
Abonnements und Inserate, Verbandskosten zurück	5 736.84
Sonstige Einnahmen, Zinsen und dergl.	12 691.27
Autoszahlung der Zahlstellen auf 2. Quartal 1927	6 464.23
<b>Summa: Mk. 399 660.04</b>	

**Ausgabe:**

**Für Agitation und Regelung von Lohnbewegungen:**

a) Gauleitungen	33 081.38
b) Zentralvorstand	2 760.75
c) Zuschuß für Lokalanstellte	11 532.—
d) Lohnverhandlungen und -bewegungen	609.85
e) Tarifberatungen Tarifamtstiftungen, (Reichs- und Bezirksstarife)	4 638.32
<b>Summa: 52 622.30</b>	

**Für Unterstützungen:**

a) Reiseunterstützung	1 749.95
b) Krankenunterstützung	101 357.—
c) Streikunterstützung	42 087.83
d) für andere Verbände	—
e) Gemahregeltenunterstützung	718.—
f) Umzugsunterstützung	—
g) Sterbeunterstützung	3 609.—
h) Notfallunterstützung	1 985.—
i) Rechtschutz	2 215.18
<b>Summa: 153 721.96</b>	

**Für Verwaltung (persönliche):**

a) Gehalt	13 421.40
b) Versicherungsbeiträge	3 353.38
c) Revisionen und Vorstandsstiftungen	651.15
d) Verbandsauschub	25.—
e) Mantogeld	75.—
<b>Summa: 17 525.93</b>	

**Für Verwaltung (sachliche):**

a) Bureauimiete, Heizung, Reinigung, Licht	1 233.16
b) Telefon, Schreib- und Packmaterial	242.66
c) Porto, Bestellgeld, Strafvorsto	750.10
d) Neuanschaffungen und Reparaturen	201.20
e) Druckkosten für Formulare, Buchbinderarbeit, Stempel	743.65
f) Steuern, Versicherung und sonstige Unkosten	112.20
g) Postgebühren	54.56
h) Sonstige Ausgaben	2 583.43
<b>Summa: 5 920.96</b>	

**Für Verbandsorgan:**

a) Redaktion	1 371.30
b) Honorar für Mitarbeit	995.95
c) Druckkosten und Papier	16 322.25
d) Expedition	570.—
e) Porto, Bestellgebühren	5 005.04
f) Adressen und Packmaterial	193.55
g) Gewerkschaftliche Frauenzeitung	33.23
h) Abonnementsgelder zurück	111.—
<b>Summa: 24 602.32</b>	

**Für Bücher, Zeitschriften, Zeitungen:**

„Unterrichtskurze“	188.67
„Unterrichtskurze“	17 237.95
<b>Summa: 17 426.62</b>	

**Sonstige Ausgaben:**

Beitrag an den DGB	2 393.25
Beitrag an das Internat. Sekretariat	—
Delegationen und Konferenzen	622.95
Anteil der Lokalkassen an den Beiträgen	70 580.06
Guthaben der Zahlstellen vom 4. Quartal 1926 zurück	5 472.33
<b>Summa: 79 068.59</b>	

**Bilanz.**

Bestand am Schlusse des 4. Quartals 1926	896 093.08
Einnahme im 1. Quartal 1927	399 660.04
<b>Summa: 1 295 753.12</b>	
Bestand und Einnahme im 1. Quartal 1927	1 295 753.12
Ausgabe im 1. Quartal 1927	350 888.68
<b>Summa: 944 864.44</b>	

Bestand am Schlusse des 1. Quartals 1927

Davon waren beim Abschluß in der Hauptkasse	882 770.07
den Gaukassen	14 556.65
den Lokalkassen	47 537.72
<b>Summa: 944 864.44</b>	

Leipzig, den 7. Mai 1927. Ludwig Geist, Kassierer.

Die Revisoren:  
gez. Alwin Naumann, Joseph Neumüller, Hugo Hempel.

**Abrechnung der Zahlstellen vom 1. Quartal 1927.**

**Einnahme:**

An die Hauptkasse noch nicht abgeführte Gelder	47 537.72
Anteil der Lokalkassen an den Beitragsmarken	70 580.06
Lokalzuschlag auf die Beitragsmarken	52 561.20
Sonstige Einnahmen	25 909.02
Guthaben aus der Hauptkasse zurück	5 472.33
<b>Summa: Mk. 202 060.33</b>	

**Ausgabe:**

Erwerbslosenunterstützung am Ort	9 035.10
auf der Reise	1 179.40
bei Krankheit	14 232.65
<b>Summa: 14 341.10</b>	
Streikunterstützung	308.90
Gemahregeltenunterstützung	863.—
Sterbeunterstützung	3 561.45
Notfallunterstützung	88.50
Rechtschutz	7 796.02
Agitation	34 459.61
Verwaltung (persönliche)	23 654.12
(sachliche)	14 050.60
Beiträge an Kartelle und Arbeitersekretariate	16 200.03
Delegationen und Konferenzen	17 980.20
Sonstige Ausgaben	6 464.23
Guthaben bei der Hauptkasse	58 679.23
Bestand der Hauptkasse zurück	—
<b>Summa: Mk. 209 896.14</b>	

**Bilanz.**

Bestand am Schlusse des 4. Quartals 1926	355 896.99
Einnahme im 1. Quartal 1927	202 060.33
<b>Summa: 557 957.32</b>	
Bestand und Einnahme im 1. Quartal 1927	557 957.32
Ausgabe im 1. Quartal 1927	209 896.14
<b>Summa: 348 061.18</b>	

bleibt Bestand am Schlusse des 1. Quartals 1927

Davon gehören der Hauptkasse	47 537.72
<b>Summa: 300 523.46</b>	

bleibt Bestand der Lokalkassen  
Ludwig Geist, Kassierer.

**Anzeigen**

**Berlin. Alabasterarbeiter.**  
Am Mittwoch, dem 29. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3: **Vollversammlung** aller in der Alabasterindustrie (Leucht-schalen- und Schreibzeugbranche) beschäftigten Kollegen. Wichtige Tagesordnung. Jeder Kollege muß erscheinen.  
Die Ortsverwaltung, I. A.: Dietrich.

**Tüchtige Steinmetzen und Schleifer**  
stellt noch ein  
**Granit- u. Syenitwerk Gatsinach**  
Post Ochsenbrück bei Nürnberg.  
Einige tüchtige **Steinsetzer-Gesellen** werden sofort eingestellt  
**Wilhelm Eickelbaum, Straßensbau, Berlin-Lichterfelde, Gerichtsstr. 6.**  
Wir suchen für sofort einen **ledigen tüchtigen Steinmetzen**  
Selbiger muß gut scharrierte, Schrift schlagen (auch in polierte Steine) und Kunden besuchen können. Die Stellung ist Dauerstellung und vollkommen selbständig, reiches Arbeitsfeld vorhanden. Angebote mit Lichtbild erbitten  
**Karl & Richard Geßner, Baumeister, Döbeln i. Sa.**

**1 Steinsetzpolier 4 tücht. Steinsetzer**  
stellt sofort ein  
**Oettel & Klopffleisch, Graiz i. V.**  
**Tüchtige Bossierer**  
auf Kleinfleisch (Granit) sowie **1 Maschinenschläger**  
stellt sofort für dauernd ein  
**Granit- und Granulitwerk Jos. Dorfner, Diethensdorf (Bez. Leipzig).**

**3 tüchtige Steinsetzer**  
für Kleinfleisch nach Tariflohn stellt sofort ein  
**Steinsetzmeister Theodor Hübner Weißwasser O.-L. Fernruf 125.**

**20 Steinsetzer**  
für Straßenpflaster in Berlin sucht  
**Otto Baumann, Berlin N 65 Martin-Opitz-Straße 1.**  
**10 Steinhauer**  
auf schlechte Arbeit in Schwarz-schlag, Unterbau und vorfinden Reichslohn und Ortszuschlag  
**Granit- und Diabaswerke Paul Burger, Ing. Baumholder b. Oberstein (Nahe)**  
Wir suchen für tüchtige akkordgebützte **2 Steinsetzer**  
Dauernde Beschäftigung auf schwer u. deutsche Materialien. Reisekosten werden vergütet.  
**Louis Sauter & Co., Kreuzlingen.**  
**2 bis 3 Steinsetzer**  
sofort gesucht.  
Steinsetzmeister **Sellger, Bautzen, Innere Lauenstraße 8.**

**Pflasterhämmer**  
aus bestem Schweißstahl  
**Rammen, Brechstangen**  
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb  
**Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 32**

**Alle Straßenbaugeräte**  
**Rammen Brechstangen Pflasterhämmer Stockhämmer**  
liefern konkurrenzlos billig frei jeder deutschen Bahnstation  
**Krügelstein & Co., Berlin N 4, Tieckstr. 23a**



**Gestorben.**  
(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht.)  
In **Aue** am 22. Mai der Pflastersteinmacher **Ernst Weib**, 63 Jahre alt, Lungenentzündung (drei Tage krank).  
In **Mauer** am 28. Mai der Brecher **Alfons Grumann**, 21 Jahre alt, Betriebsunfall, sofort tot.  
In **Magen** am 31. Mai der Brecher **Jacob Hoffmann**, 48 Jahre alt, Betriebsunfall, sofort tot.  
In **Königsbrunn** am 1. Juni der Brecher **Moriz Leuthold**, 51 Jahre alt, Gehirngrippe (vier Tage krank).  
In **Demitz-Thumitz** am 6. Juni der Hilfsarbeiter **Traugott Petermann**, 54 Jahre alt, an einer Operation (7 Wochen krank); am 7. Juni der Hilfsarbeiter **Martin Grohmann**, 27 Jahre alt, Lungentuberkulose (vier Monate krank).  
In **Hasserode** am 6. Juni der Pflastersteinmacher **Gustav Clemens**, 32 Jahre alt, Unfall außerhalb des Berufes.  
In **Schriesheim** am 7. Juni der Brecher **Jeremia Goldstein**, 50 Jahre alt, Lungentuberkulose (28 Wochen krank).  
In **Wurzen** am 9. Juni der Pflastersteinmacher **Paul Götz**, 57 Jahre alt, Gehirnschlag (4 1/2 Monate krank).  
In **Kirchlanitz** am 9. Juni der Granitsteinmetz **Adam Baumann**, 58 Jahre alt, Lungentuberkulose (1 1/2 Jahr krank).  
In **Büchelberg** am 9. Juni der Brecher **Michael Hartl**, 61 Jahre alt, Lungenentzündung (zwei Wochen krank).  
In **Sodenau** am 11. Juni der Sandsteinmetz **Frik Leonhardt**, 30 Jahre alt, Lungentuberkulose (sehn Monate krank).  
**Ehre ihrem Andenten!**

Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.  
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag: Ernst Wandler, beide in Leipzig.



# Weltwirtschaftskonferenz und Gewerkschaften.

Referat von Wilh. Eggert, Mitglied des ADGB., auf unserem 11. Verbandstag in Frankfurt a. M.

Die Verhandlungen der Weltwirtschaftskonferenz in Genf sind verflungen. Drei Wochen hat die Welt aufgeschauert, was jene große, vom Völkerbund heraufene Weltversammlung über die Probleme der Weltwirtschaft zu sagen habe. Wollen wir, die Wirtschaftspolitik der arbeitenden Volksmassen, ein klares Urteil über jene Arbeiten gewinnen, so ist das nur möglich durch eine kurze geschichtliche Darstellung der Gedanken, die dieser Konferenz zugrunde lagen, und ihrer Ziele.

Das weltwirtschaftliche Gefüge der Vorkriegszeit, in jahrzehntelanger Friedensarbeit aufgebaut, hat der Weltkrieg mit einem Schläge jäh zersprengt. Die großen internationalen Verkehrswege ruhten kriegerischen Unternehmen Platz machen, alle Handelsverträge traten außer Kraft, der Produktionsapparat der ganzen Welt wurde plötzlich umgestellt, von den kriegführenden Ländern in den Dienst des Kriegsbedarfs, von den neutralen in den Dienst ihrer jetzt ganz anders gestalteten Bedürfnisse. Alle Wirtschaftszweige wurden in diesem vier Jahre dauernden Weltsturm zerrissen und verweht. Während des Krieges haben die Wirtschaftsmächte ihren Produktionsapparat ohne zu fragen, was nachher werden sollte, ausgebaut. Nach Beendigung des Krieges dachte nicht nur niemand daran, den so aus der Unruhe des Krieges erweiterten und ausgedehnten Produktionsapparat wieder auf das richtige Maß einzuschränken, sondern es entstand im Gegenteil, wie auch nach allen früheren Kriegen, wieder die Idee, den erweiterten Apparat der Arbeit und der Wirtschaft nicht nur zu erhalten, sondern im Interesse des Landes und des Volkes noch weiter voranzutreiben. Ohne Unterschied der Staatsform ging ein Streben durch die Welt, durch Erhaltung und Ausbau der Eigenwirtschaft die Befriedigung des Volksbedarfs sicherzustellen und so von den weltwirtschaftlichen Wechselwirkungen unabhängig zu machen. Ein von nationaler Leidenschaft getragenes Streben nach — wie man in der Wirtschaft zu sagen pflegt — Selbstgenügsamkeit und wirtschaftlicher Selbstständigkeit, ging durch die Länder der ganzen Welt. Es war nur zu klar, daß eine solche wirtschaftliche Entwicklung für die einzelnen Länder wie für die Weltwirtschaft voller Gefahren sein mußte. Denn in dem Grade, wie die neu geschaffenen oder erweiterten Produktionsstätten der Länder von außen her durch überlegene Konkurrenz bedroht werden, standen die neu industrialisierten Länder vor der Alternative, entweder von dieser Weltkonkurrenz niedergeworfen zu werden oder ihre Wirtschaft vor jener Weltkonkurrenz durch das Mittel der Zollpolitik zu schützen.

Ueber die Wirkungen der Zollpolitik brauche ich hier wohl nicht viel zu sagen. Zölle werden auf die Einfuhr ausländischer Güter dann erhoben, wenn man dieselben binnenländischen Industrieerzeugnisse vor dem Einführen der ausländischen Konkurrenz schützen will. Wenn also Länder, die besonders die sogenannten Nachkriegsstaaten, Jugoslawien, Polen, Tschechien, auch Italien, Frankreich, Skandinavien oder gar alte Freihandelsländer, wie England und Belgien, zur Zollpolitik übergingen, so hieß das, die Einfuhr nach all diesen Ländern wird durch Zölle belegt, damit die heimische Industrie geschützt wird. Es ist klar, daß wenn die Einfuhr eines Produkts in ein Land mit Zoll belegt wird, die einheimische Industrie in der Lage ist, den Preis für dieses Produkt bis zur Grenze des Weltmarktpreises plus Zoll zu erhöhen. Also wenn schwedische Steine mit Schutz Zoll belegt werden, dann kommen die schwedischen Steine nicht zum Weltmarktpreis nach Deutschland, sondern zu diesem Preise vermehrt um den Zoll, den Deutschland darauf erhebt, und nun kann auch der Steinbruchbesitzer in Deutschland seine Preise entsprechend erhöhen. Also Zollpolitik bedeutet eine Steigerung des Preisniveaus auf der ganzen großen Erde der Erzeugung und des Verbrauchs. So entstand zwischen Erzeugung und Verbrauch eine tiefe Kluft: ungeheure Gütererzeugung mit hohen Preisen auf der einen Seite, gesunkene Kaufkraft der ohnehin durch den Weltkrieg verarmten Völker andererseits, ein beispielloser Kontrast zwischen Preis und Kaufkraft, ein wirtschaftlicher Krankheitsherd, die Quelle der Produktionsstörungen und das Hindernis dieses allgemeinen Aufblühens des internationalen Handels. In diesem Kontrast der weltwirtschaftlichen Entwicklung der Nachkriegszeit wurzeln alle Schwierigkeiten auf den inneren und äußeren Märkten. Die Wirtschaftskrise und das 8-Millionen-Heer der Arbeitslosen in Europa, alles, was uns bedrückt neben den Reparationslasten, ruht auf diesem Kontrast zwischen hohen Preisen und geringer Kaufkraft. Es drohte die Gefahr, daß dieser Zwispalt die Lebens- und Fortpflanzungsmöglichkeit der Völker gefährden und einen neuen Krieg heraufbeschwören könne. Ansre Gewerkschaftsbewegung hat diese Gefahr viel früher gesehen, als von ihr in der bürgerlichen Welt öffentlich gesprochen wurde. Bereits auf der internationalen Gewerkschaftstagung von London 1920 und später auf allen internationalen Kongressen ist auf diese Gefahr hingewiesen worden, und der Bundesvorstand des ADGB in Amsterdam hat mehr als einmal seine warnende Stimme gegen diese Gefahr erhoben. Ich erinnere an seine Forderungen gegenüber dem Völkerbundrat zum Reparationsproblem und an seine bekannte Rundgebung gegen die wahnwitzige Zollpolitik der Länder Europas. Der ADGB rief mitten im Kampf um die Zollnovelle in Deutschland die Landeszentralen seines Bundes öffentlich auf, alle Maßnahmen der einzelnen Regierungen in den Ländern Europas scharf zu bekämpfen, die auf wirtschafts- und handelspolitischen Abschluß, auf zollpolitische Einzapfelung und auf Feindschaft der Völker hinausgingen. Statt die Völker wirtschaftlich zu einen, führe die kapitalistische Wirtschaftspolitik zum Handelskrieg aller gegen alle, wobei Europa und seine Völker, in erster Linie seine arbeitenden Klassen, buchstäblich verbluten müßten. — Das alles liegt Jahre zurück, aber es kann uns mit Stolz befehlen, daß wir weitergehen haben als manche Wirtschaftstheoretiker der bürgerlichen Welt. Schließlich wurde dann auch im offiziellen bürgerlichen Lager die Frage aufgeworfen: Wobin ist Europa gekommen? Man konnte statistisch erweisen, daß sich das industrielle Schwergewicht wesentlich über den Atlantik nach den Vereinigten Staaten hinübergeworfen hatte, und daß darüber hinaus unerhörte große wirtschaftliche Fortschritte in Japan, Indien und China zu verzeichnen waren, während das wirtschaftlich verblutende Europa in immer stärkerem Maße zurückblieb. Wohlbestanden, nicht stillstand in der Entwicklung, aber doch zurückblieb gegenüber dem stürmischen Laufe der industriellen Entwicklung anderer Erdteile, was immerhin ein Verhängnis war.

Ein paar Zahlen mögen dieses Zurückbleiben beleuchten. Vor dem Kriege waren die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit etwa 16 Milliarden Mark an Europa verschuldet. Heute beträgt umgekehrt die Verschuldung Europas an die Vereinigten Staaten rund 60 Milliarden Mark. Großbritannien stand vor dem Kriege mit 60 Milliarden Auslandsguthaben an der Spitze der Gläubigerländer. Es mußte seinen Platz den Vereinigten Staaten räumen. Frankreich hatte vor dem Kriege 50 Milliarden Mark, Deutschland 30 Milliarden Mark Auslandsguthaben. Beide Länder sind heute Schuldner des überseeischen Auslandes geworden. Europa in seiner Gesamtheit befaß vor dem Kriege ein Uebersee-guthaben von rund 100 Milliarden Mark, die heute zu einer Uebersee-schuld von etwa 30 Milliarden Mark geworden sind. Auch bei den Vereinigten Staaten ist die Mehrung ihrer Erzeugnisse und die Erhöhung des Warenumsatzes innerhalb ihres großen einheitlichen, durch keinerlei Zollschranken verriegelten Wirtschaftsgebietes ungeheuer und staunenswert. Ihr Anteil an der weltwirtschaftlichen Erzeugung steigerte sich bei Kohleisen von 41 Prozent auf 49 Prozent, der europäische Anteil hingegen sank von 49 Prozent auf 48 Prozent; bei Kohleisen lag der Anteil der Vereinigten Staaten von 44 Prozent auf 50 Prozent, während der europäische Anteil von 58 Prozent auf 56 Prozent herabsank. So bei Erdäsen, bei Baumwollspinneln in der Textilbranche und bei andern Gebieten. Ähnlich liegen die Weltverhältnisse auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Vor dem Kriege verlornt Rußland und Rumänien die

bedürftigen Länder Europas mit Brotgetreide. Heute muß Europa, solange Rußland und Rumänien als Zufuhrländer fast gar nicht mehr in Frage kommen, seinen fehlenden Bedarf aus Uebersee-gebieten decken.

Dieses wirtschaftliche Zurückbleiben Europas findet seinen Gesamtausdruck am deutlichsten in der Veränderung der Anteile am Welthandelsumsatz der einzelnen Erdteile. Die folgende Zusammenstellung aus dem vom Völkerbundsekretariat der Weltwirtschaftskonferenz unterbreiteten Materialien möge dies veranschaulichen:

Welthandelsumsätze in Prozenten, Ein- und Ausfuhr zusammen.

Erdteile:	1913	1924	1925
Europa	58,5	50,4	50,0
Nordamerika	14,0	18,1	18,3
Mittelamerika	2,1	2,9	2,6
Südamerika	6,2	5,7	5,7
Afrika	4,3	4,2	4,1
Asien	12,3	15,5	16,0
Australien	2,6	3,2	3,2
	100,0	100,0	100,0

Wie ersichtlich, ist der Anteil Europas am Welthandel in Ein- und Ausfuhr zusammen von 58,5 im Jahre 1913 auf 50,0 im Jahre 1925 gesunken. Der Anteil Nordamerikas hingegen ist im gleichen Zeitraum von 14,4 auf 18,3, der Asiens von 12,3 auf 16,0 gestiegen.

Diese gefährliche Wirtschaftslage Europas und darüber hinaus die weltwirtschaftlichen Probleme überhaupt, drängten dazu, sie zum Gegenstand der internationalen Erörterungen zu machen. So kam es, daß zuerst der Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Generalsekretär der französischen Gewerkschaften Leon Jouhaux, den Gedanken im Völkerbundsrat anregte, sich nicht nur mit den hohen Regionen der Politik zu befassen, sondern auch die Weltwirtschaftsprobleme aufzugreifen und zu erörtern. Später hat diesen Gedanken der nachmalige Wiederaufbauminister Frankreichs, Loucheur, aufgenommen, in der Völkerbundversammlung als Antrag eingebracht, und die 6. Völkerbundversammlung hat ihn angenommen. Sie hat diesen Erörterungen zwei große Ziele gesetzt. Sie lagte, daß der wirtschaftliche Friede in hohem Maße dazu beitragen werde, die Sicherheit der Völker zu verbürgen. Es müßten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden und Konflikte zu vermeiden. Also der wirtschaftliche Aufschwung und der Weltfrieden sollten durch eine solche Aussprache begünstigt werden. Der Völkerbundsrat hat im vorigen Frühjahr an die Länder die Aufforderung gerichtet, sich an dieser Konferenz zu beteiligen, und es wurden eine Reihe von Personen aus den Ländern im April und November 1926 abgeordnet, die die Vorbereitungen zu dieser Weltaussprache treffen sollten. Das Sekretariat des Völkerbundes und das Internationale Arbeitsamt haben auf Antrag dieser vorbereitenden Kommission umfangreiche Weiterhebungen veranstaltet. Vom April bis November sind nicht weniger als 46 größere statistische Bände von diesen beiden Sekretariaten herausgegeben worden. Das Internationale Agrarinstitut in Rom hat gehalten, einzelne Organisationen in allen Ländern, auch in Deutschland, haben sich daran beteiligt, und so kam im November ein Gesamtüberblick über die weltwirtschaftlichen Tatsachen zustande, besonders über die drückenden Verhältnisse in Europa, und der Völkerbundsrat konnte nun die Weltwirtschaftskonferenz auf den 4. Mai 1927 einberufen. Es war das Gegebene, daß die Vertreter der arbeitenden Bevölkerung aller Länder vorher zusammenkamen, um das Feld zu sondieren. Ihre Rundgebung ist Ihnen wohl noch gegenwärtig. Ihr Extrakt war folgender: Wir hatten beschlossen:

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen begrüßen den Zutritt der Weltwirtschaftskonferenz als Ausdruck der Erkenntnis, daß die fortschreitende Entwicklung von der Nationalwirtschaft zur Weltwirtschaft die Völker zu internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwingt. Die volle Entfaltung der produktiven Kräfte in Industrie und Landwirtschaft, die die Arbeiterschaft als Grundlage einer besseren Gesellschaftsordnung betrachtet, die Beseitigung der schweren sozialen Missstände, die ihren besonderen Ausdruck in der Massenarbeitslosigkeit der europäischen Länder finden, und die Verhütung neuer Kriege erfordern gebieterisch die Schaffung einer zwischenstaatlichen Weltwirtschaftsordnung. Der Weg zur wirtschaftlichen Gesundung führt in allen Ländern vor allem über eine Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, die die Lebenshaltung der arbeitenden Massen in Stadt und Land durch steigende Löhne, Gehälter und durch den Ausbau der sozialpolitischen Einrichtungen hebt. Eine solche Gestaltung der Produktion und Verteilung ist die Voraussetzung dafür, daß die Steigerung der Produktivität nicht durch schwere Abschrägen gehemmt wird.

Dann wendet sich die Rundgebung scharf gegen monopolistische Unternehmerorganisationen, die nach internationalen Kartellen streben — ein typisches Beispiel ist das Eisenindustriat — und sagt, gegenüber diesen internationalen Kartellen, gegen die sich an sich niemand wehren kann, weil sie der Ausdruck dafür sind, daß einzelne nationale Wirtschaftszweige in den breiten Raum der Weltwirtschaft hineinwachsen, muß wenigstens die Bürgerschaft gegeben werden, daß ihre konzentrierte Macht nicht gegen die breiten Massen der Bevölkerung ausgenutzt werden kann, und zwar durch Schaffung einer internationalen Kontrolle unter Mitwirkung der Arbeiter. Endlich verlangt die Erklärung, daß die Weltwirtschaftskonferenz zwar mit Umsicht, aber ohne Zögern an den Abbau der Zölle zu gehen habe, mit dem Ziele der Befestigung des Freihandels in der Welt. Auch die Landwirtschaft habe sich auf die Produktionssteigerung umzustellen; die Weltwirtschaft der Landwirtschaftlichen Maschinenparke muß aufhören, einheitliche Produktionsmittel des Ackerbaues, einheitliche Ächsen, einheitliche Spurweiten müßten geschaffen werden, um eine Kräfteersparnis zu vermeiden.

Man darf objektiv feststellen, daß sowohl unsere erste Erklärung im April 1926, als das vorbereitende Komitee zum ersten Male zusammen war, wie auch dieses Manifest einen nicht unerheblichen Eindruck auf die Konferenz gemacht hat. In diesem Frühjahr waren alle Anregungen in die Programmpunkte aufgenommen, in diesem letzten Falle aber nur sehr wenig, mit Ausnahme des Freihandels fast nichts. Besonders ist der Gedanke nicht verwirklicht, der in unseren Forderungen anfangs, im Völkerbund ein weltwirtschaftliches Organ zu schaffen, ähnlich dem Internationalen Arbeitsamt, das sich fortwährend mit diesen weltwirtschaftlichen Fragen befassen sollte. Sowohl auf der Konferenz selbst, wie vorher schon in unserer Presse haben wir ausgeführt, daß es nicht angängig sei, wenn die Konferenz nur in theoretischen Erörterungen schone Weiseweiser aufstelle, praktisch aber alles beim alten bleibe. Wir hatten gesagt: Da die Konferenz ihrer ganzen Verfassung nach nur moralischen Einfluß ausüben vermöge, vielleicht die Stätte einer Weltmeinungsquelle werden könnte, mehr aber nicht, müßte gerade das Völkerbundsekretariat ein Organ schaffen, um diese weltwirtschaftlichen Fragen dauernd unter Druck zu halten, und da, wo Handelskriege entkehen, wie heute zwischen Polen und Deutschland, oder handelspolitische Schwierigkeiten, wie zwischen Frankreich und Schweden, Frankreich und Deutschland, Frankreich, Belgien und der Schweiz, diese Schwierigkeiten überbrücken zu helfen. Wir hatten bei diesem weltwirtschaftlichen Organ eine paritätische Beteiligung der Arbeiter gefordert. Dieser ganze Gedanke wurde von den internationalen Unternehmern und der Finanzwelt dadurch pariert, daß sie ihrerseits den Gedanken lancierten, wohl eine solche Stelle

zu schaffen, aber nicht beim Völkerbund, sondern bei der Internationalen Handelskammer in Paris, eine Körperschaft, die sich lediglich aus Unternehmern und Finanziers der Welt zusammensetzt. Aus diesen beiden extremen Forderungen entstand, wie immer, ein Kompromiß, und so kam es, daß dem Völkerbundsekretariat die weitere Bearbeitung der weltwirtschaftlichen Fragen wie bisher anvertraut wurde.

Nun einen kurzen Gang durch die Verhandlungen des Kongresses. Es war eine in der Tat glänzende Versammlung, wie sie die Welt noch nie gesehen hat. Nicht weniger als 47 große Wirtschaftsmächte waren versammelt; darunter die Vereinigten Staaten, Indien, Persien, China, Japan, Rußland, Türkei, alle europäischen Staaten, mit der einzigen Ausnahme Spaniens, weil Primo de Rivera es ablehnt, Spanien dem Völkerbund anzuschließen. Wie nicht anders zu erwarten war, und wie das auch auf diesem Verbandstage der Fall gewesen ist, rollte in den ersten Tagen die allgemeine große Redewalze ab, und dann begann nebeneinander und zwischen durch die Arbeit in den Kommissionen; am Schluß wurde dann noch einmal zusammengefaßt, und das inzwischen geschaffene Werk festgelegt. Nun war es hochinteressant, wie erstens einmal ganz deutlich sichtbar wurde — ich hoffe, ich kann in Ihnen noch einen Augenblick nachhimmern lassen, was dort ganz offenbar wurde: zum ersten Male, das ist das unvergänglich Große an der Zusammenkunft — haben sich Völker aller Zonen und aller Erdteile zusammengefunden, um über wirtschaftliche Probleme in dem Bewußtsein zu sprechen, daß es falsch war, was die Welt bisher gedacht hatte, man könne ein Volk und ein Land wirtschaftlich strafen und fesseln und in die Wüste jagen, woraus dann ein anderes Land Segen und Triumph ernten könne, sondern man hat sich zum ersten Male in der ganz klaren Erkenntnis zusammengefunden, daß bei den verästelten Verbindungen aller Völker, wenn man ein Volk, besonders ein großes Industrievolk kneble, in seiner Produktion, in seinem Aufschwung hindere, mit unerbittlicher Logik auch die übrige Welt mit in den Verderb hineingezogen wird. Das stand ganz klar vor dem Angesicht jener glänzenden Versammlung, daß diese Idee, die gerade im Friedensvertrag von Versailles ihren allerstärksten Ausdruck findet, wirtschaftlich ein ungeheures Verhängnis geworden ist. Freilich hat man sich vorichtig gehütet, dies offen zu sagen! Europa hat 8000 Kilometer neue Grenzstreifen durch den Frieden von Versailles bekommen; was früher zwischen Deutschland, Rußland und Oesterreich gehandelt worden ist, geht heute durch Polen, durch die Tschechoslowakei, durch Jugoslawien hindurch und muß erst zweimal die Zollgrenze übersteigen. Aber klar kam doch von jedem einzelnen Wortführer der Länder die besondere Lage der Wirtschaft seines Landes zum Ausdruck. Die wichtigsten davon möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Der französische frühere Wirtschaftsminister Loucheur vertrat den Standpunkt, es müsse eine vernünftige internationale Verteilung der Arbeit Platz greifen; zweitens müsse die Finanzwelt dafür sorgen, daß schwere finanzielle Katastrophen in den einzelnen Ländern unmöglich gemacht würden, weil sie jeweils einen Einbruch in das Gefüge der Weltwirtschaft bedeuteten, und drittens müsse man sich bemühen, durch internationale Verständigung, durch Kartellpolitik im großen, einen Ausgleich der wirtschaftlichen Belange unter den Völkern herbeizuführen. Langsam müßte eine Rückkehr zu den früheren Wirtschaftsverhältnissen und Beziehungen der Länder und Völker Platz greifen, und dabei müßte die Idee gelten — über die wahrscheinlich das offizielle Frankreich nicht enttäuscht sein wird —, die Zollschranken in der Welt nach und nach niederzuliegen. Eines der Hauptprobleme in Europa sei, daß der Produktionsapparat technisch so vervollkommen sei, daß er heute weit über das hinaus erzeuge, was die Menschen kaufen könnten, und es entstehe die Frage, ob der Produktionsapparat zu groß oder die Kaufkraft zu gering sei.

Ganz anders griff der Nationalökonom Prof. Cassel aus Stockholm die Sache an. Er sagte: Gewiß ist die Reparationslast von entscheidender Bedeutung. Aber nicht minder bedeutsam für unsern jetzigen schlechten Wirtschaftszustand sei das Hineinwachsen in erstarrte Verhältnisse auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens. Starke Organisationen im Unternehmerlager, starke Gewerkschaften auf der andern Seite, Preiserhöhungen durch die Kartelle und Konventionen, Lohnerhöhungen durch die Gewerkschaften, alles das müsse zusammengeklungen werden, ehe die Wirtschaft gefunden könne. Also der Gedankengang ist: Weil die Löhne hoch sind, kann der Preis nicht sinken, und so lange der Preis so hoch ist, kann es nicht zur Konjunktur der Erzeugnisse kommen, was die Wirtschaftskrise und die Erwerbslosigkeit zur Folge habe. Also weg mit diesen starren Verhältnissen, und die Wirtschaft wird allmählich gefunden!

Diese Thesen, die sich gegeneinander, müßten von den Arbeitervertretern ergänzt oder bekämpft werden. Ich finde sicher Ihrem Beifall, wie den der ganzen Arbeiterschaft der Welt, wenn ich feststelle, daß wir in unserer Sitzung den französischen Genossen Jouhaux beauftragt haben, grundsätzlich folgende Feststellung besonders für Europa zu machen: Es ist nicht wahr, daß die Produktion zu groß ist. Wahr ist vielmehr, daß die Völker Europas an Unterkonsum leiden. Es ist nicht wahr, daß die Löhne zu hoch sind, wahr ist vielmehr, daß die Preise zu hoch sind und mit der geringen Kaufkraft die erzeugten Produkte nicht dem Verbrauch zugeführt werden können. Es ist nicht wahr, daß die Völker Europas gütergesättigt wären. Sie sind güterungrig. Jeder Deutsche könnte aus der deutschen Textilindustrie Kleider, Textilien, aus der deutschen Schuhindustrie Schuhwaren, aus allen übrigen Industrien Güter für den Bedarf auch Wohnungen usw. brauchen, wenn die Kaufkraft nicht geringer wäre als der Preis. Die Diagnose der Weltwirtschaft ist nicht Ueberproduktion, sondern Unterkonsumtion. Die Kaufkraft muß erhöht werden, und zwar auf drei Wegen: einmal, indem die Preise gesenkt werden. Die Theorie Cassels sei nicht richtig, daß man den Preis nur senken könne, wenn die Löhne gesenkt werden. Nein, wenn der Produktionsapparat in der Lage ist — ein Steinbruch bei Ihnen, eine Maschinenfabrik usw. —, durch Hinzufügen von Werkzeug und Maschinen, durch eine höhere technische Vervollkommenheit des Arbeitsprozesses, die Gütererzeugung zu steigern, oder gar wenn, wie wir das praktisch in Deutschland erlebt haben, mit 375 000 Bergarbeitern mehr Kohlen gefördert werden, als 1922 mit 480 000 Bergarbeitern, dann könne man den Preis senken, weil die Gesteinskosten gesenkt werden. Ja, man könnte sogar bei den gesenkten Gesteinskosten infolge der Rationalisierung die Löhne erhöhen. Wenn das noch eines Beweises bedürfte, dann rufen wir die Delegierten der Vereinigten Staaten von Amerika an; Herr Robertson, was haben Sie in Ihrem Lande getan, um Kaufkraft und Preise in jenes Verhältnis zu bringen, so daß heute durch eine Ladentür in den Vereinigten Staaten mehr Umsatz läuft, als fast durch die ganze Weltwirtschaft Europas? Und die Vertreter der Vereinigten Staaten würden bekennen: Jawohl, wir arbeiten daran, den Preis für alle Güter zu senken und die Löhne zu erhöhen, weil uns sonst niemand den Markt ablaufen kann, auf den unsere Wirtschaft baut. Freilich wollen wir anerkennen, daß diese amerikanische Wirtschaftspolitik nicht der arbeitenden Klasse der Vereinigten Staaten zuliebe gemacht wird, sondern wenn Ford seine Preise für Autos niedrig hält und die Löhne hoch, und dabei die fünfjährige Arbeitszeit einführt, dann ist das nicht nur philanthropische Gefinnung, sondern der ganz natürliche Kaufmannsinstinkt des amerikanischen Kapitalisten, daß die erzeugten Güter verbraucht werden müssen, wenn die Wirtschaft nicht jeden realen Sinn verloren haben soll. Je mehr freie Tage sind, desto mehr wird von den Gütern verbraucht, denn wenn ich arbeite, kann ich nicht Auto fahren.

Kurz und gut, die keine Gruppe der Arbeiterschaft, die 1 zu 6 stand, hat als ihr Ziel erklärt, es müsse, wenn die Wirtschaft ge-



funden solle, der Freihandel angebahnt werden mit einem prozentualen Abbau von Jahr zu Jahr oder von zwei Jahren zu zwei Jahren, jedenfalls müsse ein Anfang zur Niederlegung der Zollschranken gemacht werden, und vor allem eine Steigerung der Löhne und Senkung der Preise erfolgen, und darüber hinaus müsse die Freizügigkeit durchgeführt werden. Wenn die Weltwirtschaftskonferenz das Ziel aufstelle, daß die Waren über die Grenzen hinaus herüber und hinüber gehen könnten, dann sei die logische Folge, daß auch die Freizügigkeit der Arbeitskraft ohne Ein- und Ausfuhrverbote freigegeben werden müsse, daß die soziale Grundlage in jedem Lande an die der anderen angeglichen werden müsse, damit nicht aus Ländern mit sozial niedrigen Verhältnissen, wie Polen und Italien, ein Strom der Einwanderung erfolge, der bessere Verhältnisse in anderen Ländern herabdrückt, sondern es müßten umgekehrt die schlechteren Verhältnisse hinaufentwickelt werden.

Dann kam der Deutsche, Herr von Siemens, der als offizieller Sprecher auftrat — offiziell insofern, als er als erster, überhaupt einziger im Plenum von der deutschen Delegation sprach. Nicht offiziell in der Darstellung dessen, was er zu sagen hatte. Da ließ er sich ganz als Unternehmer gehen, brachte Beispiele aus seinem eigenen Hause, erzählte z. B., daß sein Vater einmal den Einsatz seines ganzen Vermögens gewagt habe, als er das erste Untersee-Kabel nach den Vereinigten Staaten legte, in der Überzeugung, daß eine solche Idee richtig sei, während ein Unternehmen der heutigen Wirtschaft nicht in der Lage wäre, auch nur einen Teil des Gesamtvermögens für irgendeine große Sache einzusetzen. Herr von Siemens erzählte von der besten Handelsmöglichkeit des Freihandels gegenüber der Schutzpolitik. Er sagte dann — für uns hochinteressant —: es müsse auch aufhören, daß in die Preis- und Lohnverhältnisse von außen her hineingegriffen werde. Wörtlich sagte er: Es entsteht die Frage, ob angesichts des ungeheuren Arbeitslosenproblems nicht eine Prüfung erfolgen sollte, ob es volkswirtschaftlich besser ist, die in Arbeit Befindlichen mit hohen Löhnen, von denen sie die Erwerbslosen doch als Steuerzahler bezahlen müssen, beschäftigt zu sehen, oder eine allgemeine niedrigere Lohnhöhe einzuführen, wodurch dann auch die Erwerbslosen in die Betriebe zurückgebracht werden könnten. Was Herr von Siemens damit will, ist klar. Es ist der Ausdruck des Strebens im deutschen Unternehmerlager, die amtlichen Schlichtungsstellen zu beseitigen, während wir in der Gewerkschaftsbewegung überzeugt sind, abgesehen von einigen Verbänden, die mit ihren Unternehmern besser auf eigenen Schlichtungsorganen fußend arbeiten können, daß man das staatliche Schlichtungsorgan nicht entbehren sollte, und sich gegen seine Beseitigung zu wehren hat, immer in dem Bewußtsein, daß man natürlich auch diese Organe und ihre Schiedspräsidenten beeinflussen kann, je nach dem Stande der Organisation in dem Berufszweig. Hat man nichts hinter sich, so wird der Schlichter seinen Spruch ganz anders fällen, als wenn die gesamte Arbeiterschaft des Berufszweiges organisiert ist. (Sehr richtig!)

Der Engländer gab eine Darstellung der englischen Verhältnisse. Er sagte, daß die Arbeitszeit verringert wurde, ohne daß die Bevölkerung heute in England mehr Luxus mache als früher, daß die Arbeitslosigkeit ein schwieriges Problem sei, daß aber in seinem Vaterland große Anstrengungen gemacht werden, sie zu beseitigen, die Industrie, besonders den inneren Markt, zu entwickeln. Am schwierigsten sei die Lage der großen Exportindustrien, Eisen, Stahl und Baumwolle. Man mußte gespannt sein, wie sich England einstellte, weil England in der Nachkriegszeit von einem Freihandelsland bis zum gewissen Grade zu zollhändlerischen Allüren gekommen ist. Aber auf dieser Konferenz unter der internationalen Atmosphäre hat England die Freihandelspolitik stark betont, wobei sein Vertreter erklärte — was allerdings Heiterkeit auslöste — daß England mit seinen Dominions genau dieselbe handelspolitische Situation habe, wie die übrigen Länder der Welt, während tatsächlich die übrigen Länder der Welt gerade darunter leiden, daß England den Vorzugszoll in seinen Dominions eingeführt hat.

Ein einziger sprach außer der Reihe, ein Engländer, den man auch gern hörte, der Herausgeber des englischen angesehenen Wirtschaftsorgans „Economist“ Mr. Lepton. Er hat seiner Diskussionsrede die Ueberschrift gegeben: Die Illusionen der Idee, die Wirtschaft wieder auf den Stand der Vorkriegszeit zurückzuführen zu wollen. Es sei eine so große Wandlung in der Weltgeschichte auf dem Untergrund der Wirtschaft vor sich gegangen, daß jeder Tiefblickende erkennen müsse, daß eine Rückkehr zu Vorkriegszuständen ausgeschlossen sei. Er zog die einzelnen Länder zum Beweise seiner Ansicht heran, stellte mit Recht z. B. die Verschiebung der Rohstoffbasis in Mitteleuropa fest. Die Völker müßten erkennen lernen, daß, so lange nicht Krieg sei, jedes Land den Nachbar zu seinem besten Kunden zähle, daß der europäische Außenhandel zu etwa 90 Prozent in Europa selbst bleibe, nur von einem Lande Europas zum andern gehe, und daß die Täuschung über den Anteil des Exports eines Landes an der Gesamtproduktion im allgemeinen riesengroß sei. Er behauptet, daß im allgemeinen ein Land nicht mehr exportiere als 15 bis 20 Prozent seiner Gesamtzeugung, und daß in einzelnen Ländern die Ausfuhr, obwohl sie riesengroß erscheine, doch noch unter diesem Prozentsatz zurückbleibe. Wenn das richtig sei, dann sei dem einheimischen Markt die größte Beachtung zu schenken. Es müßten aber Bedingungen geschaffen werden, z. B. bei den Löhnen, daß die Völker an den Segnungen des Aufblühens der Wirtschaft teilnehmen könnten.

Und nun zur Stellungnahme Rußlands. Rußland hatte bekanntlich ursprünglich seine Teilnahme an einer Konferenz in Genf abgelehnt im Hinblick auf die frühere Ermordung eines russischen Vertreters in Genf, Worowski. Es war aber schließlich doch eine Verständigung zwischen der Schweiz und Rußland zustandekommen. Am ersten Tage, als die Russen eintrafen, herrschte gleich große Aufregung in Genf. Am Bahnhofe hatten sich etwa 100 Journalisten und Photographen aufgestellt, sie zu empfangen, aber der Wagen fuhr leer ein. Man sagte, die Russen haben uns jetzt das erste Schnippen geschlagen. Der Zusammenhang war aber der: Die Genfer Polizei hatte die Russen in Neuchâtel abgefangen und sie gebeten, aus Sicherheitsgründen lieber im Auto nach Genf zu fahren. Die Russen protestierten dagegen, aber die Polizei überredete sie doch und Osnitski erklärte schließlich, nur fahren zu wollen, wenn diese Zustände in Genf nicht fortgesetzt würden. Das war aber doch der Fall, worauf sich Osnitski an den Sekretär des Völkerbundes Drummond gewandt hat und ihm erklärte, die Russen würden nicht eher auf die Konferenz gehen, bis sie dieselbe Freiheit in Genf genießen wie die übrigen Delegierten und nicht ständig von Polizei umgeben würden, was geschah, weil die Schweizer Regierung die Verantwortung für einen Fall Worowski fürchtete. Es kam eine Einigung zustande und am folgenden Tage erschienen dann auch die Russen unter riesigem Aufsehen. Sie hatten vorher bereits zu verstehen gegeben, daß sie an den Arbeiten der Weltwirtschaftskonferenz teilnehmen wollten, so daß man nicht Ueberzählungen zu befürchten brauchte, daß sie auf der Konferenz nach allen Regeln der deutschen kommunikativen Kampfmethode loslegen würden. Herr Sokolnikow erzählte zunächst als Diplomat, wie es in der russischen Wirtschaft aussehe, brachte sehr viel Zahlenmaterial und erklärte am Schluß hochinteressant, ihr Hiersein in Genf bedeute, daß zwei Systeme der Wirtschaft miteinander zu arbeiten beginnen wollten, zwei Systeme, die grundsätzlich verschieden seien, die sich aber gegenseitig anerkennen müßten, wenn man über weltwirtschaftliche Dinge überhaupt reden wolle. Später baute der Führer der russischen Delegation Osnitski diesen Gedanken weiter aus und sagte, ihre Anwesenheit sei der Ausdruck dafür, daß sie sich bemühen wollten, an der Konferenz mitzuarbeiten. Er erwartete, daß auch die Konferenz ihrerseits das russische Wirtschaftssystem anerkenne. Er gab dann ein vergleichendes Bild von der Weltwirtschaftslage der verschiedenen Länder, rühmte die Erhöhung des Realeinkommens der russischen Arbeiterschaft, legte dem Kongreß ein paar Zahlen vor, um zu beweisen, daß die Verhältnisse heute günstiger seien als vor Jahr und Tag und führte dann aus, in fast allen Ländern gestalte sich die Preissturz nach Nachteile der Verbraucher. Die Preissturz zeige in der Nachkriegszeit besonders in Europa, offenbar als Ausdruck der Armut Europas, eine steigende Aufwärtsentwicklung und es müsse die Aufgabe des Kongresses sein, die Preislinie zu lenken, um die großen Verbrauchermassen in den Genuss der Erzeugung der heutigen Wirtschaft zu bringen. Dabei seien die Interessen der großen Staaten, besonders derjenigen, die koloniale Besitzungen hätten, scharf entgegengesetzt. Wenn Herr Souhau die internationale Handelspolitik, den Freihandel empfahl, mit der Mahnung internationaler Kartellierung, dann erblicke er in diesen Ausführungen die demokratische Fassade für den Vor-

schlag Souhauers. Im übrigen forderte er: Annullierung der gesamten Kriegsschulden der Welt, Lohnerhöhungen in der gesamten Industrie der Welt — ich gebe keinen Kommentar, referiere nur — Wiederherstellung des Achtstundentages in der Welt, Freiheit der Organisation und Streikrecht, wirksame Arbeitslosen-Unterstützung, Preisentzug der Industrieerzeugnisse, Aufhebung aller Schranken gegen Ein- und Auswanderung, Aufhebung der Protektorate durch Mandate, Einstellung der militärischen Intervention in China, Aufhebung jeglichen Boykotts wirtschaftlicher und politischer Art gegen die Sowjet-Union, völlige Abrüstung, Abschaffung aller ständigen Wehrmächte zu Wasser und zu Lande.

Auch ein deutscher Gelehrter, Herr Prof. Max Sering, hat in der Agrarkommission die erste Forderung des russischen Chef-Delegierten erhoben und hat die Kriegsschulden in der Welt als das hauptsächlichste Uebel aller Uebel der Wirtschaft bezeichnet. Wenn diese Forderung vom Ausland erhoben wird, wenn sie also nicht im Lichte der deutschen Außenpolitik erscheint, können wir sie natürlich nur auf das allerliebteste begrüßen. (Sehr richtig!)

Unter den Vertretern der Arbeiterschaft hatten wir uns vorher dahin verständigt, daß, wenn die russische Delegation — was sie nicht war — tatsächlich ungehindert sein und Angriffe erheben würde, wir nur mit dem aller nötigsten antworten wollten, um nicht ein Bild des gegenseitigen Haders zu geben. Wir hatten den Eindruck, daß eine ähnliche Arbeit auch drüben bestand, denn abgesehen von der erwähnten Bemerkung gegenüber Souhau hörte man auf jeder Seite kein Wort gegen die Arbeitervertreter. Im Gegenteil, man hat sich sogar, wo es ging, nett und freundlich unterhalten, hat über russische und andere Verhältnisse geredet und hat besonders betont, daß in Genf bei dem gemeinsamen Zusammenarbeiten vielleicht auch ein Moment wachse, das zur Annäherung und zu einer späteren gemeinsamen Arbeit führen könne.

Dann ging die Sache in die Kommissionen. Die erste Kommission, in der ich war, die Handelskommission, teilte sich sofort in drei Teile und hat Tag für Tag bis in die Nacht hinein gearbeitet, hat alle großen Gebiete, Fragen von hundert Positionen durchgearbeitet, darunter die Frage: Wie kann man überhaupt der Handelschutzpolitik zuleide gehen? Sie hat festgestellt, daß das wahrscheinlich nicht so sehr von hohen Konferenz-Beschlüssen ausgehen, als aus der Tiefe kommen müsse. Vor allem müßte folgender Zustand beseitigt werden: Wir haben in der heutigen Wirtschaft der Welt nicht einmal eine einheitliche Bezeichnung für alle Gegenstände gleicher Art, nicht eine einheitliche Zollnomenklatur. Unsere Post, Neuner Robeisen ist in Frankreich vielleicht Parfümarzifol. Besonders im Tarifschema haben wir gewaltige Unterschiede, in Deutschland ein einheitliches, im belgischen, französischen Zolltarif ein Doppelsystem mit Meißbegünstigungsstarif und Maximaltarif. Es wurde auch die Frage erörtert: Was ist Dumping, wie kann man es bekämpfen? Sind Subsidien für die Wirtschaft erfreulich oder unerfreulich? Man kam zu der Feststellung: Dumping sei, wenn eine Ware unter dem einheimischen Marktpreis im Ausland veräußert werde. Auch kam unter Vermittlung der skandinavischen Länder eine Formel zustande, wonach Dumping mit Anti-Dumping-Gesetzen nur soweit beantwortet werden dürfe, als nicht die Gefahr bestehe, daß es auf einer gewissen Stufe in Protektionismus umschlage, und daß Subsidien wie sie England dem Bergbau und Deutschland den Schiffswerten gegeben habe, häufig als Mittel produktiver Erwerbslosen-Fürsorge angesehen werden, aber immer dazu beitragen könnten, die Stabilität in der Wirtschaft zu vermindern, und so solle man auch sie möglichst unterlassen.

Der Kampf um den Abbau der Zollschranken wurde mit einer solchen Wucht und Schärfe durchgeführt, daß alle, die der Freihandelsidee huldigen, ihre hellste Freude daran hatten. Die Mitglieder der französischen Delegation waren nicht einmal Protektionisten, konnten sich aber angesichts der Wirtschaftsverhältnisse Frankreichs nicht dafür entscheiden, die Zölle schnell abzubauen. Der greise Bankpräsident der Schweiz Dubois sagte aus demokratischen Ermahnungen heraus: Sie wollen in so und so viel Jahren erst Zollschranken niederlegen, aber unsere Zeit eilt mit Siebenmeilenstiefeln, das Haus brennt, schnell, morgen, übermorgen, nächstes Jahr bereits müssen die Zollschranken herunter, sonst geht Europa zugrunde. Souhau sagte, England habe sich nur aus der Not heraus zum Zollschutz bekannt, der Freihandel sei die Lösung; die Betriebe, die beim Freihandel untergingen, seien mit Recht untergegangen, die Völker sollten sich anstrengen und dem technischen Fortschritt ihre Kräfte weihen. Die Entschleunigung über den Freihandel ist nach unserer Ueberzeugung objektiv so zusammenzufassen: die Konferenz hat getan, was sie nach ihrer Zusammenlegung tun konnte. Wir sind uns darüber in der Arbeitergruppe einig gewesen. Wir sind unter uns überzeugt, daß die eigentliche wirkliche grundlegende Arbeit weltwirtschaftlicher Verständigung erst dann beginnt, wenn die Arbeiterklasse mit ihrem stürmischen Willen einmal dies Problem lösen muß. In der bürgerlichen Welt ist das alles nur notgedrungen. Aber wenn ich mir vorstelle, daß wir auf einem Kongreß eine Verständigung über die Einwanderung schaffen wollen, wenn der leidenschaftliche Wille dafür vorhanden ist, dann beginnen eigentlich erst die Probleme, dann will jeder für sein Volk und seine Arbeiterklasse und für seine Entwicklung — ähnlich wie jeder Industrieverband für sich — zuerst die Sache so hindringen, daß sein Volk und er dabei nicht zu kurz kommt. Also leicht sind die Dinge nicht, aber es ist ein Anfang, den die Weltwirtschaftskonferenz gemacht hat; bei dem, wenn auch in geringem Maße, Vertreter der Arbeiterschaft, der Gewerkschaftstreue zugegen waren. Die Gewerkschaften können sich dieser Mitwirkung an den weltwirtschaftlichen Dingen nicht entziehen. Es ist Neuland, was uns da wieder entgegenwächst, neue Probleme stellen sich zur Lösung, und wir haben daran bejahend nach besten Kräften mitzuarbeiten. Ich habe mich getraut, daß der „Vorwärts“ der keinen eigenen Vertreter in Genf hatte, sondern von dem Presse-Korrespondenten in Genf bedient wurde, feststellen mußte, daß die kleine Arbeitergruppe energisch versucht hat, sich in den einzelnen Kommissionen, soweit es ihr möglich war, Geltung zu verschaffen.

Ganz anders steht es in der Industriekommission, die schon dadurch zur Unfruchtbarkeit verurteilt war, weil sie sich nicht, wie die Handelskommission, in Unterausschüsse geteilt hatte. Während wir in der Handelskommission bereits in der Formulierung der einzelnen Wendungen saßen, wurden da drüben noch immer rauchende Reden gehalten und man hatte fast den Eindruck, daß die Industriekommission sich deshalb nicht zergliedere, weil sie zu keinem positiven Ergebnis ihrer Arbeiten kommen wollte. Denn dort stand die Frage der Kartellierung im Vordergrund, wogegen die Arbeiterforderungen ankämpften mit der Forderung internationaler Kontrolle. Daneben stand das gewaltige Problem der Rationalisierung zur Erörterung, wobei die Arbeitergruppe den Standpunkt vertrat: Rationalisierung ist zu bejahen, sie hat aber nur dann einen Sinn, wenn mit ihr Schritt um Schritt und unmittelbar der Markt erweitert, der Umsatz erhöht wird, wenn die arbeitende Bevölkerung infolge der Rationalisierung an den Gütern teilnehmen kann. Wir haben im Bundesvorstand und ich auf einer Tagung der Vorsitzenden der Betriebsräte Berlins gesagt: Ich halte es für grundfalsch, wenn auch nur ein organisierter Arbeiter sich gegen die Rationalisierung an sich wendet, nicht nur deshalb, weil das der Ausdruck finsterner Anschauungen über die Entwicklung unserer Technik ist, sondern wir müssen es so auffassen: wenn heute Dampfschiffe die Weltmeere durchqueren, Luftfahrzeuge durch den Raum gleiten, Radio und Telefon Minute auf Minute den Pulsschlag des Lebens in allen Erdteilen verbinden, so ist das nicht allein das Werk der Unternehmer, sondern im großen Ausmaß das Werk unserer Brüder, der Arbeiterklasse. (Sehr wahr!) Dies Werk wollen wir fördern, wollen es unsern Brüdern und Schwestern in der Tiefe dienstbar machen. Der Kampf kann sich nur dagegen richten, daß die Rationalisierung nur zugunsten der Unternehmer ausgenutzt wird. — Gegen diesen Standpunkt hat sich das Unternehmertum in Genf theoretisch nicht gewehrt, aber praktisch sehen wir in Deutschland, daß um jeden Pfennig auch nach der Rationalisierung genau so stark gekämpft werden muß wie vorher — wodurch erwiesen ist, daß wir alle Ursache haben, unsere Organisationen nach wie vor zu stärken.

Dann noch ein Wort zur landwirtschaftlichen Kommission. Sie ist kaum aus statistischen Erwägungen herausgekommen und hat festgestellt, daß die Arbeiten des Internationalen Agrarinstituts in Rom, des Völkerbunds-Sekretariats und des Internationalen Arbeitsamts, doch noch nicht ausreichen, das Riesenproblem der Weltlandwirtschaft genau zu erkennen, daß deshalb weitere Arbeiten notwendig werden.

Ich wende mich nun den Entschleunigungen zu. In einem Falle haben die Unternehmer einen Ausfall gemacht gegen die Laizache, daß staatliche oder gemeinwirtschaftliche Betriebe in der sozialen Belastung besser behandelt werden als privatkapitalistische Unternehmungen. Die Entschleunigung, die das sagte, war an sich unerfänglich, denn wir können grundsätzlich dem zustimmen, daß staatliche Betriebe nicht etwa auf Kosten der allgemeinen Steuerzahler vorzuziehen, versimpeln. Auch dort soll man sich natürlich anstrengen. Aber im allgemeinen mußte doch gesagt werden, was auch von unserer Seite gesagt worden ist, daß wir gemeinwirtschaftlichen Betrieben, deren Auswirkung in der Linie der sozialistischen Wirtschaftsform der Zukunft liegt, auch um den Preis einer weniger starken Belastung als der privatkapitalistischen Industrie unsere Unterstützung leihen, weil gerade die gemeinwirtschaftliche Arbeit das Ziel aller Sozialisten ist. Ich habe im Auftrage der Arbeitergruppe eine solche Erklärung abgegeben.

Nun zurück zum Handelsauschuss und seiner Entscheidung. Er hat den Mut gefunden, zu sagen:

Die einzelnen Nationen mögen aus politischen oder aus anderen Gründen zu der Entscheidung kommen, daß ihre Sicherheit es erfordere, die Selbstgenügsamkeit anzustreben, aber der Konferenz steht es zu, zu zeigen, daß diese Politik in den meisten Fällen ein Opfer an materiellem Wohlstand bedeutet. Diese Opfer tragen die Verbraucher, die höhere Preise für die Erzeugnisse der geschützten Industrien zahlen müssen und die Angehörigen solcher Industrien, die ohne solche Politik größere Ausfuhrmöglichkeiten genießen würden. Nur sehr wenige Länder seien imstande, Autarkie zu verwirklichen. Aber das Streben danach führt zu einer künstlichen Ablenkung von Kapitalien in solche Industrien, die dann nur zum Teil beschäftigt sind, führt zu einer kostspieligen, den Grundrissen einer gesunden Volkswirtschaft widersprechenden Produktion und zu einer Verschärfung des ohnehin in der Welt herrschenden Kapitalmangels.

Im Anschluß daran verlangt die Entschleunigung der Konferenz, daß die Staaten sofort Maßnahmen ergreifen für eine Herabsetzung der Zollschranken, und dabei mit jenen Zöllen beginnen, welche aus Gründen der Kriegszeit entstanden waren. Zu den handelspolitischen Einzelfragen wird verlangt:

daß die Staaten an dem Abschluß von Handelsverträgen nach den Empfehlungen der Konferenz herangehen; daß in Zukunft ohne vorherige Vertragsverhandlungen keine zollfreien Zölle in Kraft gesetzt werden, weder als General- noch als Kampftarife.

Sie läßt den Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes ein, alle Möglichkeiten zu prüfen, welche geeignet sind, eine Erleichterung des internationalen Handels und den allgemeinen Zollabbau zu beschleunigen.

Zu diesen Untersuchungen sollen neben Vertretern der Staaten auch solche des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und der Arbeiterschaft herangezogen werden, um für die berechtigten Interessen der Unternehmer und Arbeiter an entsprechendem Entgelt und der Konsumenten an einer Hebung der Kaufkraft zu sorgen.

Weitere Entschleunigungen verwerfen die Ausfuhrzölle auf Rohstoffe und die Differenzierung der Einfuhrgebühren. Ein schon 1921 in einem internationalen Abkommen vorgesehenes Internationales Statistisches Amt in Brüssel, für dessen Errichtung sich die Konferenz ausspricht, soll eine einheitliche Zollnomenklatur schaffen.

Eine praktische wichtige Entscheidung fruchtbarer Art liegt im Bekenntnis zur uneingeschränkten Meißbegünstigung:

Die Konferenz weist darauf hin, daß die Inflation zu einem Verlassen oder zu einer Umkehr der Meißbegünstigungs-Klausel geführt hat. Mit der fortschreitenden Stabilisierung der Währungsverhältnisse und der Rückkehr normaler wirtschaftlicher Zustände wünschen die Völker, je länger je mehr auch eine größere Stabilität derselben und die Beseitigung aller Diskriminationen.

Das beste Mittel dazu ist die Rückkehr zu langen Handelsverträgen mit voller Gleichberechtigung. Um dazu zu gelangen, müssen andererseits die Methoden der Handelsvertragsverhandlungen möglichst vereinheitlicht werden. Die Konferenz ist deshalb der Ansicht: 1. daß die volle gegenseitige Gleichberechtigung in Bezug auf die Meißbegünstigungsklausel ein Hauptelement der freien wirtschaftlichen Entwicklung darstellt, und daß die Staaten sie so liberal wie möglich ohne jegliche Einschränkung anzuwenden mögen; 2. daß der Völkerbundstat den Wirtschaftsausschuss beauftragen soll, alle erwägenswerten Mittel zu prüfen, um eine Vereinheitlichung der Zolltarife der europäischen Länder oder wenigstens eine gemeinsame Grundlage für die Handelsverträge mit ungewandelter Interpretation der Meißbegünstigungsklausel zu erzielen.

Die Industriekommission hat festgestellt, welche Strömungen in der Kommission über die einzelnen Verhandlungsgegenstände vorhanden waren, daß man eine juristische internationale Kontrolle in der Mehrheit ablehne, dagegen eine moralische Kontrolle, eine öffentliche Visitenlegung der Firmen, die an der Kartellierung beteiligt sind, bejahen.

Ich komme in dieser Frage zu dem Schluß: Die Handelspolitik hat Beratungsgegenstände mehr internationalen Charakters: Schutzpolitik oder Freihandel, einheitliche Zollnomenklatur, einheitliches Zolltarifschema — das geht alle Länder an. Die Industriekommission mehr solche nationalen Charakters. Wir, die Gewerkschaften, dürfen uns das Kampffeld unserer Arbeit nicht verschließen lassen durch internationale Konferenzverhandlungen: All diese Fragen: Lohnerhöhung, Preisentzug, Rationalisierung, Kartellierung usw. sollen gewiß international erörtert werden, um eine Verständigung unter den Völkern zu schaffen, aber sie bleiben in erster Linie Fragen der inländischen Politik und Gegenstand des Kampfes zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum. (Sehr richtig!) Wir wollen das Bild nicht verschleiern lassen. Die internationale Auseinandersetzung entbehrt uns Gewerkschaften nicht von der Verpflichtung, nach wie vor im Lande selber die Probleme lösen zu helfen. Denn das Tempo der weltwirtschaftlichen Verständigung hängt ab von der Entscheidung der einzelnen Länder. In Genf türmt man nicht voraus, wenn nicht in den Ländern die Vorbereitungen erfüllt sind.

Ich will zusammenfassend sagen: Bedenken wir, daß die Weltwirtschaftskonferenz in ihrer Art die erste in der Welt war. Gewiß wir haben 1922 die Wirtschaftskonferenz in Genua und wir haben auch die Brüsseler Finanzkonferenz gehabt. Aber eine solche Gesellschaft führender Wirtschaft- und Finanzpolitiker sah die Welt noch nicht und wenn ich auch gewiß betrübt darüber bin, daß man nicht den 1. Januar 1928 als den Tag festgelegt hat, von dem ab die Zölle um 25 Prozent von Vierteljahr zu Vierteljahr abgebaut werden müßten, so bin ich, glaube ich, doch nicht auf falschem Wege, wenn ich sage: Wir vom Arbeiterstandpunkt aus müssen uns aus folgendem Grunde hüten, die Konferenz zu verfeinern und verächtlich zu machen. Die Konferenz hat keinen beschließenden Charakter, sie kann nur moralisch wirken, und wenn von der Arbeiterschaft aus ihr Arbeiten verächtlich gemacht wird, so fürchte ich, geben wir jenen Elementen Waffen in die Hand, die der weltwirtschaftlichen Verständigung abgewandt sind und der Schutzpolitik zugewandt sind. Ich habe mir sogar gedacht: wenn in Deutschland irgend welche Kreise sagen, die Konferenz hat keine entscheidende Bedeutung gehabt, weil sie kein Beschlusrecht hat, dann müßten wir aus der Arbeiterschaft aufstehen und müßten diese Konferenz, obwohl sie unseren Forderungen nur bruchstückweise gerecht wurde, verteidigen und sagen: Wozu ist denn die Mühe aufgewandt, wozu sind Wegweiser aufgerichtet, wenn es einer Regierung oder einer Clique der Wirtschaft erlaubt sein sollte, nun entgegen all den den Wegweisern ihre gefährliche Wirtschaftspolitik fortzuführen. (Sehr gut!) Von diesem Standpunkt aus gesehen, möchte ich, daß die Arbeiter der Konferenz, so bescheiden sie für uns sind, fortgeführt werden, wie der Vorsitzende Theunis gesagt hat: sie sollen weitergeführt werden, und wenn das Völkerbundssekretariat sie weiterführt, wollen wir nach wie vor mit allen Kräften der Arbeiterschaft mitwirken an den Problemen. Wir wollen mitwirken, weil auf dieser Linie mit dem Ziele der Demokratie ein Stück des Weges gegangen werden muß im Interesse der Arbeiterklasse Deutschlands, im Interesse der Völker Europas und der Menschheit überhaupt. (Stürmischer Beifall.)